

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Colonnetten für Arbeitstage 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Kampf den Märglern

Wo irgend etwas geleistet wird, was es auch immer sei, da stellen sie sich ein, diese Scharen der Märgler, um auch ihr Wort mitzureden. Wir brauchen nicht weit zu gehen, um sie zu finden: An jeder Straßenecke, wo Leute arbeiten, wo irgendwo eine Mauer errichtet oder nur der Weg ausgebessert wird, da sind zu finden, da stehen sie, die Hände mühsig in die Hosentaschen vergraben und ein spöttisches Lächeln auf den Lippen und kritisieren mit überlegener Miene alles, was andere mühsam zuwege zu bringen suchen. Mitarbeiter werden die Märgler natürlich nie, denn dann würden diese Großredner halb recht kleinlaut werden und einsehen, wie mühsam die Arbeit ist, und daß sie selbst nicht nur nicht mehr, sondern noch viel weniger als die von ihnen Bemängelten leisteten.

Wenn es doch nicht so endlos viele von diesen elenden Märglern gäbe. Doch, leider sind sie auf allen Gebieten des Lebens so zahlreich zu beobachten, auf dem Gebiete der Sozialpolitik, der sozialen Tätigkeit, der Religion; kurz, überall, wo nur sich fleißige Hände regen und große Geisteskräfte in den Dienst der edlen Sache treten. Nicht nur, daß diese kleinlichen Märgler überflüssig sind, — was schlimmer ist, sie hemmen nur zu oft das richtige Weiterarbeiten und nehmen dem edel Strebenden und begeistert Tätigen oft alle Lust und allen Mut, zur weiteren Wirksamkeit.

Ein vernichtender Kampf allem kleinlichen Märgelwesen, dem schlimmsten Feinde jedes Fortschrittes! Machen wir sie mundtot, diese Wortemacher, die nur die Arbeit anderer herabsetzen und sich nie zu eigenen Taten aufzuschwingen vermögen. Arbeiten wir auf allen Gebieten nur positiv, aufbauend; erkennen wir an, wo etwas Gutes geleistet wird, und mischen wir uns nie unter die Scharen der Märgler, die in zerfetzender Kritik die Früchte des Fleißes und Strebens ihren Mitmenschen zu vernichten suchen.

Bittere Folgen der Aussperrungen für die Unternehmer

Mit tönenben Worten preisen die Scharfmacher die Aussperrungen als Universalmittel gegen die Arbeiterbewegung an. Dieses Gewaltmittel ist in Wirklichkeit aber ein sehr zweischneidiges Schwert. Es trifft häufig die Unternehmer viel empfindlicher, als die Arbeiter und ihre Organisation, die doch durch die Aussperrung vernichtet werden sollten. Für recht manches Werk war die mit so großem Elan inszenierte Aussperrung von verhängnisvoller Wirkung. Maschinen ernste Volksgenossen den Unternehmern diese Seite ihres Universalmittels aus, dann wurde die gut gemeinte Warnung nicht nur einfach abgelehnt, sondern abgelehnt mit einem Snobismus, der das rücksichtslose Scharfmachertum so unerträglich macht. Nein, nur den Arbeitern kein Entgegenkommen gezeigt; das ist der Standpunkt der unentwegten großindustriellen Scharfmacher, und die kleineren — gebildet von der scheinbaren Macht der ganz Großen — folgen ihnen widerspruchslos. Und nachher sind sie die Leidtragenden, welche die Scharfmacherei mit ihrer Existenz zahlen müssen. Statt die minimalen Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, greift man zur Aussperrung. Statt für Lohnerhöhungen einige hundert Mark auszugeben, sperrt man aus und verliert Hunderttausende. Und nachher bleibt die erhoffte Millionenunterstützung aus, und mit dem Dichter können sie sagen, „wenn du gar nichts hast, dann laß dich begraben.“

So war es auch in Menden. In den erfolglosen Verhandlungen am Tage vor der Aussperrung machten die Arbeiter den Vorschlag, mit eintägiger Kündigung weiter arbeiten zu lassen. Nein, lautete das Scharfmacherdiktum, die paar Pfennige Lohnerhöhung pro Stunde werden nicht bewilligt, und es wird ausgesperrt, wenn ihr nicht bedingungslos die Arbeit aufnehmt.

Mit welchem Elan und welcher Siegeszuversicht zogen die Unternehmer in die Aussperrung. Das lokale Unternehmerblatt verteilte tagtäglich das Fell des nicht erlegten Hären und trompetete in die Lande: Nach der Schlacht sehen wir uns wieder. Aber es kam anders. Mancher Unternehmer würde es sich heute tausendmal überlegen, ob er aussperrten würde. Aber natürlich, wenn man vom Rathaus kommt, ist man immer schlauer, als man hinging.

Wie verhängnisvoll die Aussperrung für die Unternehmer gewesen ist, zeigt nachstehender Brief. Aus gewissen Gründen lassen wir die Namen fort. Der Brief lautet:

Menden, den ...
An den Arbeitgeberverband für Menden und Umgegend zu Händen des Herrn Geschäftsführers Ringing

Unser Herr ... war einige Tage geschäftlich verreist und kommen wir daher heute auf die Angelegenheit der für die Streikzeit (muß Aussperrung heißen. Red.) gewährte Unterstützung zurück.

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir seit dem 7. Dezember v. J. vollständig still gelegen, aber trotzdem acht Mann, welche nicht organisiert waren, beschäftigt, damit diese der Organisation nicht in die Arme geliefert wurden. — Verdient haben uns die Leute während der ganzen Zeit keinen Pfennig. — Nach unserer Aufstellung sind von uns während der Streikdauer (Aussperrung. Red.) an Löhnen und Gehältern für Meister und Beamte Mark 6850 gezahlt, so daß sich dieser Betrag mit der von ihnen geleisteten Summe ca. aufhebt.

Unser direkter Schaden stellt sich wie folgt:

Produktionsausfall v. Monat Nov. 1913.	Mk. 24000.—
Dezemb., Januar, Februar, März	„ 24000.—
April	„ 15000.—
zu 6% Verdienst.	Mk. 27500.—
Mk.	16500.—
Gehälter etc.	Mk. 6850.—
350 Fässer nachgebichtet a Mk. 2	„ 700.—
verborbene Säure	„ 680.—
zusammen	Mk. 24730.—

Diesem Schaden, den wir übrigens noch durch einen vereidigten Bücherrevisor nachprüfen lassen, steht eine Unterstützung von Mark 7000 gegenüber, welche Summe in gar keinem Verhältnis zu dem gemachten Verluste steht.

Hierzu kommt noch, daß wir einen großen Teil unserer besten Kundschaft vollständig verloren haben, und wie der Drahtmarkt heute liegt, ist es ungemein schwierig, teilweise ausgeschlossenen, die alte gute Kundschaft wiederzubeekommen. Große Aufträge für den Export allein ca. 500 Tonnen, sind uns annulliert oder verloren gegangen, welche wir heute, nachdem die Drahtpreise gesunken sind mit Mark 20 pro Tonne billiger liefern müssen. Der Schaden, der uns hierdurch entsteht, ist heute noch gar nicht zu übersehen.

Wenn wir die nur geringe Konventionalstrafe von 1250 Mark seiner Zeit gezahlt hätten und im Betrieb geblieben wären, dann wären wir heute aller Sorgen ledig, stattdessen sind wir aber durch den Streik (muß heißen Aussperrung. Red.) tatsächlich fast ruiniert.

Wir sind der Ansicht, daß wir, die wir durch die Aussperrung am allermeisten gelitten haben, ganz besonders bedacht werden müssen. Die uns überwiesenen Mark 7000 deuten, wie gesagt, gerade die bezahlten Löhne und kann dies doch eigentlich somit nicht als Unterstützung angesehen werden.

Wir stellen Ihnen ganz ergebenst anheim, an geeigneter Stelle in diesem Sinne für uns einzutreten und dafür zu sorgen, daß uns eine entsprechende Unterstützung zugewiesen wird, andernfalls wir uns weitere Schritte vorbehalten.

Unterschrift.

Dieses Werk, das kaum 50 Leute beschäftigte, hat also durch die Aussperrung einen direkten Verlust von fast 25 000 Mark erlitten. Durch den Verlust von Aufträgen und Kundschaft ist es „fast ruiniert“. Der direkte Schaden der größeren Werke geht mindestens in die Hunderttausende. Bedenkt man, daß 16 Werke ausgesperrt hatten, dann werden sie an direkten Verlusten — Produktionsausfall und Kosten — mindestens eine Million Mark zu verzeichnen haben. Sinoz kommen die annullierten Aufträge die Verluste aller Abnehmer usw. Und alles das aus Scharfmacherei. Die Arbeitgeber hätten ein viel besseres Geschäft gemacht, wenn sie die Forderungen der Arbeiter, die nur wenige tausend Mark ausmachten, von vornherein bewilligt hätten.

In Wirklichkeit sind also die Folgen der Aussperrung für die Arbeitgeber sehr bitter. Hoffentlich lernen sie daraus, und sperren in Zukunft nicht mehr so leichtsinnig aus, wie geschehen. Im Zeitalter der Organisationen, die Organisation der Arbeiter vernichten zu wollen, das ist ein sehr zweischneidiges Beginnen, wobei den Scharfmachern sehr leicht die Rüste ausgehen kann. Der vorstehende Fall sagt darüber mehr wie eine meterlange theoretische Abhandlung.

Sozialdemokratische Sperrebrecher

Sobald auf der Niederrheinischen Hütte in Duisburg ein neuer Beamter angestellt wird, dann will derselbe seine Qualifikation dadurch beweisen, daß er den Arbeitern Verschlechterungen zumutet. Darüber herrscht kein Zweifel. Die Arbeiter des Gießereibetriebes hatten in der letzten Zeit ganz besonders mit dieser Tatsache zu rechnen. Der neue Betriebsführer Schäfers will anscheinend seine Wichtigkeit durch Verringerung der Arbeiterlöhne beweisen. Den Coquillenformern wurden pro Tonne 50 Pfg., den Gußputzern pro Schicht 36 Pfg., den Formern auf einzelne Stücke 43 Prozent abgezogen. Das Schlimmste dabei ist, daß vor einigen Wochen ca. 35 Arbeiter gekündigt wurden. Damals beschloßen die Arbeiter in einer Betriebsversammlung, die Direktion zu ersuchen, die gekündigten Arbeiter nicht zu entlassen, sondern die Arbeits-

zeit zu verkürzen. Gewiß kein unbilliges Verlangen; die Niederrheinische Hütte hätte davon nicht den geringsten Schaden gehabt. Trotzdem wurde dem Wunsche der Arbeiter nicht entsprochen, die Leute mußten aufhören. Blödsinnig fingen neue Formern an. In einer Betriebsversammlung wurde festgestellt, daß die Leute schon zu der Zeit angenommen worden seien, in der die 35 Arbeiter heraus sollten. Die Kommissionen der einzelnen Abteilungen bemühten sich beim Direktor um Ausgleich der Differenzen. Dieser lehnte jedes Entgegenkommen ab. Auf Grund dieser Zustände beschloßen die Arbeiter am Donnerstag, den 12. Februar einstimmig, die Sperre über den Betrieb zu verhängen. Soweit der Sachverhalt.

Ähnlich schilderte ihn die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“, das Publikationsorgan des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes am 14. Februar 1914. Wörtlich ist dann in dem sozialdemokratischen Blatt zu lesen:

„Es wurde beschloßen: die Kommissionen der Formern, sowie Coquillenformern und Gußputzer werden beauftragt, sofort dem Herrn Direktor Ufch das ganze Material zu unterbreiten und von ihm eine Erklärung zu verlangen, ob er gewillt sei, da einzuschreiten. Gleichzeitig wurde einstimmig beschloßen, falls die Direktion keine befriedigende Erklärung abgibt, die Sperre über den Betrieb zu verhängen. Gestern nun war die Kommission bei dem Direktor, doch ohne Erfolg. Sie wurde kurzerhand abgewiesen. Damit ist der Krieg auf der Niederrheinischen Hütte erklärt. Kein Arbeiter darf daselbst Arbeit nehmen. Respektlos, unterstützt mit allen Kräften die Formern und Gießereiarbeiter der Niederrheinischen Hütte in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe.“

Nach diesem Erguß des roten Blattes und nach dem Verhalten des sozialdemokratischen Sekretärs Kremers in der Versammlung am 12. Februar zu rechnen, mußte man zu der Ueberzeugung kommen, daß der rote Verband ernst machen würde. Weit gefehlt. Trotz der beschloßenen und im roten Publikationsorgan veröffentlichten Sperre, sind auf der Niederrheinischen Hütte sozialdemokratisch organisierte Formern in Arbeit getreten.

Diese „Heldentat“ wurde in der Betriebsversammlung am 17. Februar aufgedeckt. Merkwürdig war schon, daß in derselben der sozialdemokratische Bezirksbeamte Martin-Düsseldorf so eindringlich für die Aufhebung der Sperre eintrat. In dieser Versammlung erklärte der neu auf der Niederrheinischen Hütte eingetretene und rot organisierte Formern Pauli: Er sei auf dem Verbandsbüro gewesen, Genosse Kremers habe ihn auf nichts aufmerksam gemacht. Kremers bestritt zuerst, daß Pauli auf dem Büro gewesen sei. Beim näheren Zusehen ergab sich aber, daß der rote Beamte selbst seinen Namen über bezahlte Unterstützung in das Mitgliedsbuch des Pauli eingetragen hatte. Der Genosse Pauli ließ die Sache weiter aus dem Saal. Auf Vorschlag unseres Verbandsbeamten, die neuangegangenen freiorganisierten Formern möchten am Samstag, den 21. ds. Mts., wieder kündigen, um so die für die älteren Formern bedenkliche Situation zu beseitigen, antwortete Pauli u. a., daß jehes ich nicht ein, „die Alten sollen heraus“. Durch dieses Bekenntnis wurde es den Anwesenden klar, warum der rote Bezirksbeamte Martin für die Aufhebung der Sperre plaidierte. Denn seine Begründung, daß die Unorganisierten doch hingehen, ist bei jeder Sperre möglich und wäre demnach das Sperren überhaupt unsinnig. Er wäre jedenfalls der Wahrheit nähergekommen, wenn er gesagt hätte, die Sperre muß aufgehoben werden, um die Mitglieder des soz. Metallarbeiterverbandes dort unterzubringen.

Also zuerst wird auf Veranlassung der sozialdemokratischen Organisierten, die unter den in Betracht kommenden zu 80 Prozent organisierten Arbeiter die Majorität haben, die Sperre beschloßen, weil 35 Kollegen entlassen wurden, und dann stellt sich heraus, daß die Mitglieder desselben Verbandes die Stellen ihrer gemäßregelten Kollegen besetzen, ohne von ihrer Organisationsleitung daran gehindert zu werden. Wirklich, eine größere Schmach kann es nicht geben. Die Arbeiter sind somit durch die Schuld des sozialdem. Metallarbeiterverbandes — auf dessen Veranlassung auch die Sperre nach fünf-tägiger Dauer aufgehoben wurde — der Willkür preisgegeben.

Metallarbeiter, merkt's euch! Hier hat sich wieder einmal gezeigt, daß überall dort, wo der sozialdemokratische Metallarbeiterverband keine Mitglieder mehr holen kann, nichts ernstes unternommen werden darf. So ist's in all seinen Domänen.

Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, sieht also, wohin die Reise geht. Unsere Kollegen sollten den irreführenden Opfern der roten Demagogen überall zeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Ist diese Aufklärung eine reißlose und systematische, dann kommen wir zu besseren Verhältnissen in der Metallarbeiterbewegung. Dringend notwendig ist es.

Die deutsche Handelspolitik

Der große Befreiungskampf vom Jahre 1813 hatte weder die politische noch die wirtschaftliche Einigung Deutschlands gebracht. Das deutsche Vaterland war zerrissen und blieb es in viele auf ihre Souveränität recht eiferfüchtige Kleinstaaten, die sich politisch und damit auch wirtschaftlich ängstlich vor einander abschlossen. Jeder Staat und jedes Städtchen machte seine eigene Handelspolitik — ohne jedes größere volkswirtschaftliche Verständnis bedeutete die politische Grenze eines Landes zugleich eine Zollschranke, und nicht genug damit: auch im Innern des Landes selbst wurden Zollschranken errichtet, eine Provinz war von der andern durch Zölle abgesperrt. Die in jeder Stadt übliche Weiserhebung verschönerte das Bild natürlich nicht. „Preußen teilte mit dem übrigen Deutschland eine Zollorganisation, wie selbe eigentümlicher und toller gar nicht gedacht werden konnte. Nicht weniger als einige sechzig verschiedene Zollsysteme, Tarife und dergleichen, mit ebenso zahlreichen Zollschranken und Zollgrenzen bestanden innerhalb der preussischen Gebiete; fast jede Stadt war durch eine Mauer wieder vom Lande getrennt. . . In der einen Provinz, selbst in einem Teile derselben, war die Einfuhr von Produkten und Fabrikaten erlaubt, die andern entweder ganz verboten oder mit schweren Abgaben belastet.“ (Weber, Der deutsche Zollverein 1869.)

Unter solchen Verhältnissen konnte sich natürlich ein lebhafter Warenverkehr im Inlande nicht entwickeln; abgesehen von den Zöllen selbst, sorgten schon die verschiedenen lästigen Kontrollmaßregeln, die vielen anderen Plackereien und wohl auch Schikane dafür, daß die erste Voraussetzung jeglichen Verkehrs — die möglichste freiheitliche Bewegung — fehlte. So sehr eine Dezentralisation allgemein kultureller Aufgaben erwünscht ist, weil die Anpassung an örtlich verschiedene Verhältnisse und Stammeseigentümlichkeiten dadurch erleichtert ist, so verberbtlich ist sie auf dem Gebiete der Handelspolitik. Allerdings handelt es sich ja nicht um Dezentralisation der Aufgaben eines Großen und Ganzen — sondern jeder einzelne wollte ja ein Ganzes sein. Angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse war diese Aufgabe von geradezu verberbtlichen Folgen. Wenn auch die industrielle Entwicklung Deutschlands noch auf der ersten Stufe stand, Ansätze waren doch vorhanden, sie mußten aber durch die Konkurrenz der englischen Industrie, die damals auf einem Höhepunkt angelangt war, im Keime erstickt werden.

Während sich hier und da im Lande schon Stimmen regten, die eine Aenderung der Verhältnisse verlangten, tat Preußen den großen entscheidenden Schritt. Am 26. Mai 1818 erließ er ein Zollgesetz, das am 1. Januar 1819 in Kraft trat — ein Zollgesetz nicht nur für ein bestimmtes Gebiet, sondern für das ganze Land. Damit waren die Sinnenzölle gefallen. Der größte Staat in Deutschland stellte nunmehr eine wirtschaftliche Einheit dar. Damit war eine große Vereinfachung an sich schon gegeben; sie wurde noch ausgedehnt durch den weiteren Inhalt des Gesetzes. In dem neuen gemäßigt schutzzöllnerischen Tarif, der einen Zoll von durchschnittlich 10 Proz. vom Wert der eingeführten Waren vorsah, traten zum erstenmal ganz allgemein Gewichtszölle in Geltung, d. h. der Zoll wurde nicht mehr nach dem Wert der Ware erhoben, sondern von der Gewichtseinheit.

Diese formale Seite des Tarifs erleichterte den Geschäftsverkehr außerordentlich. Die Aufgabe des Zollbeamten besteht nunmehr lediglich in der Feststellung der Ware und ihres Gewichtes — daraus wird dann der Zoll berechnet. Endlos sind dagegen bei den Wertzöllen die Streitigkeiten über den Wert der Waren. Da bei ihm der Zoll in einem bestimmten Verhältnis vom Wert (er beträgt z. B. 10 Proz.) erhoben wird, ist natürlich die Wertfestsetzung von der allergrößten Bedeutung. Daß hierbei der Willkür und allerhand Schikane Tür und Tor geöffnet sind, lehrt die Erfahrung, die wir auch heute noch z. B. mit den Wertzöllen der Vereinigten Staaten machen, zur Genüge. In den Handelsystemen früherer Zeiten wechselten ein- und ausfuhrzöllnerische in bunter Reihenfolge miteinander ab. Unter den erstern versteht man Abgaben, deren Erhebung mit der erfolgten Einfuhr in das Land begründet wird; ein Ausfuhrzoll schließt sich umgekehrt an die Tatsache der Ausfuhr einer Ware aus dem Grenzgebiet an, wobei vorausgesetzt ist, daß die Ware im Inlande schon im freien Verkehr war. Das letztere ist bei den Durchfuhrzöllen keineswegs Bedingung. Sie werden erhoben, wenn die Waren vom Ausland durch das Zollgebiet wieder ins Ausland geführt werden. Der preussische Zolltarif von 1818 hat wenigstens mit den Ausfuhrzöllen zum großen Teil ausgedient, wenn auch für einzelne Waren solche noch bestehen blieben. Bekannt ist ja, daß sich ein Ausfuhrzoll bis in das neue deutsche Reich hinüber gereicht hat; der Ausfuhrzoll auf Lampen fiel erst im Jahre 1873. Die Durchfuhrzölle dagegen wandte Preußen mit aller Schärfe an. Der Grund war, die kleinen Staaten zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß mit Preußen zu bringen.

Es war ein beliebtes Mittel der merkantilistischen Wirtschaftspolitik durch Ein- und Ausfuhrverbote den heimischen Markt in einer ganz bestimmten Richtung zu beeinflussen. Durch das Ausfuhrverbot von Getreide erreichte man natürlich einen niederen Preis, und hoffte dadurch, den Arbeitslohn dauernd auf einer niederen Stufe zu halten. Umgekehrt sollte durch das Einfuhrverbot gewisser Waren die Konkurrenz im Inlande vermindert, die Preise dadurch in die Höhe getrieben werden. Auch mit den Ein- und Ausfuhrverboten hat der preussische Zolltarif im wesentlichen gebrochen. Ein Einfuhrverbot bestand lediglich für Spielkarten und Salz, weil ihr Vertrieb ein königliches Regal war. In jenem Regal bedeutete der preussische Tarif einen mächtigen Schlag für Industrie und Landwirtschaft. Die Einfuhr von Rohseifen war frei; die Getreide- und Viehzölle waren sehr niedrig.

Wir haben den preussischen Zolltarif etwas ausführlicher besprochen, weil er einmal der erste moderne in Deutschland überhaupt ist, dann aber hauptsächlich deshalb, weil er die Grundlage für die deutsche Zollpolitik der nächsten fünfzig Jahre bildet. Das Vorgehen Preußens hat zunächst in Deutschland alles andere als ein fremdliches Echo. Wohl wünschte man in weiten Kreisen die wirtschaftliche Einigung Deutschlands, die Schaffung einer einzigen Zollgrenze. Alles Heil erwartete man aber vom Bundesrat, während Preußen an eine Vormachtstellung in Deutschland dachte. Männer wie Friedrich List, der als einer der ersten die Abschaffung der Sinnenzölle und damit die Schaffung eines einheitlichen deutschen Zollvereins zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Verband forderte, verurteilten das einseitige Vorgehen Preußens ganz entschieden. Daß das Geheiß von Seiten Österreichs gefolgt ist, nicht verwehrt, aber auch die großen und mittelgroßen Bundesstaaten sprachen sich dagegen aus. Selbstverständlich war es nun natürlich die Absicht Preußens, wie schon angedeutet, einen allgemeinen deutschen Wirtschafts-

band unter seiner Führung und unter Ausschluß Österreichs zu schaffen. Doch beides sollte ihm nicht so leicht gelingen. Zwar trat bereits am 25. Oktober 1819 Schwaburg-Sondershausen dem Zollsystem Preußens bei, da es ganz von Preußen eingeschlossen, seine wirtschaftliche Tätigkeit unterbunden sah, zumal der große Rivale die Durchfuhrzölle auf das strengste handhabte.

Noch einige kleinere deutsche Staaten sahen sich bald genötigt, ihren Widerstand gegen das preussische Zollsystem fallen zu lassen und sich ihm anzuschließen. Die größeren Staaten — von den norddeutschen Sachsen, von den süddeutschen Bayern, stellten sich dem Vorgehen Preußens nach wie vor feindlich gegenüber. Nach langwierigen Verhandlungen schlossen Bayern und Württemberg i. J. 1828 einen Zollverein, Preußen jedoch gelang es in demselben Jahre Hessen-Darmstadt seinem Zollsystem anzugliedern. Damit war die Grundlage zu dem späteren allgemeinen deutschen Zollverein gegeben. Seine wirtschaftliche Bedeutung lag darin, daß die angeschlossenen Staaten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildeten. Keine Zölle hinderten also den freien Warenverkehr unter einander — nur beim Eintritt von Waren aus einem außerhalb des Zollvereins stehenden Staate wurden Zölle erhoben. Der Ertrag der Zölle wurde nach der Anzahl der angeschlossenen Staaten verteilt. In dem Vertrag s. H. Hessen-Darmstadt wurde die Vereinbarung getroffen, „daß Abänderungen des Zolltarifs nur im gegenseitigen Einvernehmen beider Regierungen getroffen werden sollten.“ Diese Bestimmung wurde später in die Satzungen des allgemeinen deutschen Zollvereins übernommen, eine Ursache endloser Streitigkeiten. Jeder kleine Staat konnte somit durch seine Weigerung eine vorgeschlagene noch so zweckmäßige Reform zu verhindern.

Der Schritt Preußens, die Einigung mit Hessen-Darmstadt, weckte nun Widerstände. Unter der Führung Sachsens schlossen sich im gleichen Jahre Hannover, Kurhessen, Sachsen, Thüringen zu dem mitteldeutschen Handelsverein zusammen. Allerdings wurde damit ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zwischen diesen Staaten nicht geschaffen. Der Hauptinhalt des Vertrages bestand in der Verpflichtung jedes Staates, bis zum 31. Dezember 1834 keinem anderen Zollverein ohne Zustimmung der andern beizutreten. Der eigentliche Zweck des Handelsvereins wurde aber schon recht bald vereitelt. Preußen setzte sich in Verbindung mit dem von Bayern und Württemberg gebildeten süddeutschen Zollverein und bereits 1829

Wie steht es in Eurer Gruppe um die Vorbereitung der **Frühjahrs-Haus-Agitation?**

Sind die Adressen gesammelt und die Agitatoren bestimmt? An welchem Sonntag soll es los gehen? Es ist die allerhöchste Zeit, diese Vorarbeiten zum Abschluß zu bringen, wenn ihr Erfolg haben wollt!

kam eine Annäherung zustande. Im gleichen Jahre veranlaßte Preußen Gotha und Meiningen eine Thüringer scheidende Straße zu bauen und dadurch eine direkte Verbindung zwischen dem norddeutschen und dem süddeutschen Zollverein zu schaffen.

Um die Bedeutung dieser Tatsache zu würdigen, muß man bedenken, daß es damals noch — wenigstens hier nicht — keine Eisenbahnen gab. Bei dem herrschenden System der Durchfuhrzölle, das auch die nur durchgehenden Waren mit einem Zoll belastete, war durch die Straße überhaupt erst die technische Voraussetzung geschaffen, unter der die wirtschaftlich-ökonomische Einigung zwischen Nord- und Süddeutschland zustande kommen konnte. Schon i. J. 1831 stellten Bayern und Württemberg den Antrag um Aufnahme in den Zollverein. Der Vertrag vom Jahre 1833, durch den sich der bayrisch-württembergische Zollverein mit dem preussisch-hessischen vereinigten, führte auch den Beitritt Sachsens und der Thüringischen Staaten herbei. Der neue Verein führte den Namen deutscher Zollverein. Damit war die große Tat gelungen — Deutschland war in seinem größten Teil wenigstens ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. Mit Recht wird betont, daß diese Einigung weit über das rein wirtschaftliche hinausragte. Mit dem deutschen Zollverein war tatsächlich die Grundlage geschaffen für die spätere politische Einigung.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die gleichen wirtschaftlichen Interessen gar leicht zu einer politischen Annäherung, wenn nicht zur Verschmelzung führen, ganz abgesehen davon, daß die wirtschaftliche Einheit den Gedanken eines Zusammengehens auf andere Gebiete nahe legt. In dem 1833 geschlossenen Zollverein waren noch nicht alle Staaten Deutschlands eingeschlossen, doch folgten die andern nach angeschlossen zu den nächsten zwei Jahrzehnten. 1835 trat Baden und Nassau bei, 1836 Frankfurt a. M., 1841 Braunschweig und Lippe-Delembold, 1842 Luxemburg, 1851 Hannover und Braunschweig. Nicht im Zollverein waren nur noch Hessein-Lauenburg, Mecklenburg und die Hansestädte. Die letzteren konnten sich nicht zum Beitritt entschließen, weil sie bei der schutzzöllnerischen Richtung des Zollvereins für ihren Handel fürchteten. Dem Österreich nicht Mitglied des Zollvereins wurde, so lag das nicht an seinem Widerstand, sondern an der Politik Preußens, daß dahin zielende Bestrebungen immer wieder zu verwehren suchte. Bei der Errichtung der Wirtschafts-

Der Zollverein stellte sich rechtlich als ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen souveränen Staaten dar, der immer auf 12 Jahre geschlossen wurde. Bis zum Jahre 1867 waren die Generalkonferenzen, die aus Vertretern der Einzelstaaten gebildet

waren, das Organ des Vereins. Bei den Generalkonferenzen war die Beschlußfassung über einen Gegenstand an die Zustimmung sämtlicher Staaten geknüpft. Nach der Begründung des Norddeutschen Bundes i. J. 1867 trat an die Stelle der Generalkonferenzen der Zollbundesrat, bei dem die Beschlüsse nach der Majorität gefaßt wurden. Nur der Präsidialmacht, Preußen, war ein Vetorecht eingeräumt. Neben dem Bundesrat stand das Zollparlament, das aus dem norddeutschen Reichstag und süddeutschen Abgeordneten gebildet war. In die Stelle dieser beiden trat 1871 das deutsche Reich.

Die Wahlen der Versicherungsvertreter an den Versicherungsämtern stehen bevor!

Die Wahlen zu den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen sind für die christlich-nationale Arbeiterbewegung im allgemeinen gut, an vielen Stellen sogar glänzend ausgefallen. Mit Recht wurde stets betont, daß von dem Ausgang dieser Wahlen das Refutal der kommenden Wahlen zu den Versicherungsbehörden völlig abhängt. In nächster Zeit sollen nun die Wahlen zu der untersten Stufe des behördlichen Aufbaues und Inspektionszuges, zu den Versicherungsämtern, stattfinden. Darum gilt es nunmehr, die errungenen Positionen in den Vorständen der Krankenkassen verschiedener Art bei der Wahl der Versicherungsvertreter zu den Versicherungsbehörden reiflos auszunutzen. Die Krankenkassenvorstandsmitglieder aus dem Kreise der Versicherten wählen ja bekanntlich die Arbeitervertreter an den Versicherungsämtern. Gut wird es sein, wenn wir uns kurz noch einmal

die Zusammenlegung der Versicherungsämter vergegenwärtigen. Die Versicherungsämter waren ursprünglich in der Regierungsvorlage als selbständige Ämter, mit einem unabhängigen Amtmann an der Spitze, gedacht; so fanden sie jedoch im Reichstage keine Mehrheit, da man sowohl ein „Auswachsen dieser Ämter“ wie auch eine zu große finanzielle Mehrbelastung befürchtete. An Stelle selbständiger Ämter ist nun in der Regel den unteren Verwaltungsbehörden eine Abteilung für Arbeiterversicherung, die man als Versicherungsamt bezeichnet, angegliedert. In Preußen z. B. ist die Angliederung der Versicherungsämter, abgesehen von den größeren, insbesondere kreisfreien Städten an die Landratsämter, als untere gemeindliche Verwaltungsbehörde, vollzogen. Die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium) kann ein Versicherungsamt für den Bezirk mehrerer unteren Verwaltungsbehörden bei einer dieser Behörden errichten. Der Stellung und den Aufgaben des Versicherungsamts entsprechend kann nicht jede Gemeindebehörde Sitz eines Versicherungsamtes sein, sondern, wie schon angedeutet, in der Regel nur eine Behörde mit größerem Bezirk, wie z. B. der Kreis, das Bezirksamt, die Amtshauptmannschaft u. a. m.

Als Vorsitzender wird der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde bestimmt; es kommen hierfür in Betracht u. a. der Landrat, Bezirksamtmann, Oberamtmann, Amtshauptmann und die Bürgermeister der Städte, die sich alle natürlich für dieses Tätigkeitsgebiet einen Stellvertreter bestellen. Bisher sind die Arbeiten der Versicherungsvertreter von den Besitzern bei den sog. „Ärtern de wa'tu ge e'hd den“ erteilt worden. Der Reichshausier hat durch Verfügung vom 12. Juli 1913 die Amtsdauer dieser Beisitzer bis zum 31. Dezember 1914 verlängert. Jedoch sollen die Versicherungsvertreter zu den neuen Versicherungsämtern laut Erlaß des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 22. Juli 1913 im ersten Halbjahre 1914 so zeitig gewählt werden, daß sie am 1. Juli 1914 ihr Amt übernehmen können. In den vom Gesetz näher bestimmten Fällen sind vom Vorsitzenden als Beisitzer des Versicherungsamts sowohl Versicherungsvertreter als auch Arbeitgebervertreter und zwar in gleicher Zahl beizuziehen. (Par. 40 RSD.)

Für jedes Versicherungsamt sind mindestens je 8 Versicherungsvertreter und Arbeitgebervertreter zu wählen. Ihre Zahl kann vom Versicherungsamt mit Genehmigung des Oberversicherungsamts sowie von diesem nach Anhören des Versicherungsamts erhöht werden. Ein Versicherungsvertreter darf nicht zugleich beiderlei Beamter des Versicherungsamts oder Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt oder Beisitzer bei einem Oberversicherungsamt oder nichtständiges Mitglied des Reichs- oder eines Landesversicherungsamts sein (Par. 41). Das Amt eines Versicherungsvertreters ist ein Ehrenamt; doch werden Barauslagen vergütet und der entgangene Arbeitsverdienst ersetzt.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind recht vielfältig und für die Versicherten von der allergrößten Bedeutung. Ihre Tätigkeit zerfällt in eine allgemeine und in eine solche spezieller Natur.

1. Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-Beschluss- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherungsordnung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen.

2. Aufgaben für alle Zweige der Reichsversicherung sind: Leitung der Wahl der Versicherungsvertreter; Anordnung betr. Gewohnheitsstrinker; Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Erlagsansprüchen und anderen Spruchsachen.

3. Aufgaben für die Krankenversicherung: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Bestätigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Noth- und Hilfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Strafsachen.

4. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Mitwirkung bei der Beschelderteilung; Entscheidung einzelner Streitigkeiten; Mitwirkung bei Aemderung der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren, Beerdigung von technischen Aufsichtsbeamten usw.

5. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung, Befugnis in Strafsachen; Vorbereitung des Beschlusses.

Eine weitere Aufgabe der Beisitzer zu den Versicherungsämtern ist es, sowohl die Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern, wie auch die Ausschüsse der Invalidenversicherungsanstalten, zu deren Bezirk sie gehören, zu wählen. Außerdem haben sie noch das Recht, die Versicherungsvertreter bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu wählen, soweit deren Seaktionen in ihre Versicherungsamtsbezirke fallen.

Diese knappen Darlegungen erhellen ohne weiteres die großen Befugnisse und die schwere Verantwortung, die den Arbeitgebervertretern am Versicherungsamt zugeteilt sind. Und nun zu den Wahlen selbst:

Wie wird und wer wird zum Versicherungsamt gewählt?

Darüber gibt das Gesetz genaue Auskunft: Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder 1. der knappschaftlichen Krankenkassen, 2. der Erstkassen, und 3. der Seemannskassen und anderer obrigkeitlich genehmigter Vereinigungen von Seeleuten zur Wahrung ihrer Rechte, soweit sie im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens 50 Mitglieder haben; die Erstkassen und die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes sesshaften Kassen außerdem nur, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen. An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstände wählen:

a) bei knappschaftlichen Krankenkassen die für den Bezirk zuständigen Knappschaftsältesten, b) bei Erstkassen, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungsstellen (Par. 42).

Die Stimmzahl einer Klasse richtet sich nach ihrer Mitgliederzahl im Bezirke des Versicherungsamtes und wird von ihm vor jeder Wahl festgesetzt. Diese Stimmzahl wird auf die Vorstandsmitglieder und die an ihrer Statt nach Par. 42, Abs. 3 Wahlberechtigten gleichmäßig verteilt (Par. 43).

In den Kassenvorständen nehmen die Arbeitgebermitglieder nur an der Wahl der Arbeitgebervertreter, und die Mitglieder aus den Reihen der Versicherten nur an der Wahl der Versichertenvertreter teil. Bei Kassen der im Par. 42 Absatz 2 bezeichneten Art, die keine Vertreter der Versicherten im Vorstände haben, wählen die sonst bei ihnen vorhandenen Arbeitgebervertreter. Was von den Vorständen gilt, gilt dementsprechend von den an ihrer Statt nach Par. 42, Abs. 3 Wahlberechtigten (Par. 44). Die Wahl geschieht schriftlich und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes leitet die Wahl. Bei Streit über die Wahl entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig. (Par. 45). Für die Versicherungsvertreter werden in der gleichen Weise Stellvertreter nach Bedarf bestimmt. Für Versicherungsvertreter, die vor Ablauf ihrer Wahl ausscheiden, rücken die Stellvertreter ein (Par. 46). Wählbar sind nur Männer, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betrieb haben oder beschäftigt werden, und die nicht nach Paragraph 12 ausgeschlossen sind. Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet wird;

2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist (Par. 12).

Wählbar sind nur Versicherte, ihre Arbeitgeber und deren berechnungsmäßige Betriebsleiter, Versicherte werden den Arbeitgebern zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen.

Bei Versicherungsämtern an der Seehäufe können zu Vertretern der Versicherten auch erfahrene Schiffahrtskundige gewählt werden, die nicht Reeder, Reedereileiter (Korrespondenzreeder, Par. 492 bis 499 des Handelsgesetzbuches) oder Bevollmächtigte sind (Par. 47).

Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (Par. 43). Die Versicherungsvertreter sollen mindestens je zu einem Drittel am Sitze des Versicherungsamtes selber oder nicht über zehn Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein. Bei der Wahl sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile der Bezirke berücksichtigt werden. Die oberste Verwaltungsbehörde kann darüber Besonderes oder Abweichendes bestimmen (Par. 49).

Was haben die christlich-nationalen Arbeiter jetzt zu tun?

Wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung bei den Wahlen zu den Versicherungsämtern usw. ebenso gut abschneiden will, wie bei den Krankenkassenwahlen, dann müssen alle zusammengehörenden Kräfte zu vereinigtem Handeln zusammengefaßt werden. Die Wahlleiter der Oberversicherungsämterbezirke müssen sich die Verzeichnisse aller Krankenkassen ihres Bezirkes alsbald besorgen. Vielleicht können sie es vom Oberversicherungsamt erhalten oder leihen, wenn nicht, dann eventuell von der Invalidenversicherungsanstalt ihres Landestells, außerdem ist für Preußen ein neues Verzeichnis der Krankenkassen in Heymanns Verlag, Berlin, Mauertstraße 8 (Preis 5 Mark) zu haben. Den örtlichen Wahlleitern müßte eine Abschrift der Adressen der Krankenkassen ihres Versicherungsamtesbezirks von den oberen Wahlleitern zugehen, ebenso auch eine Liste der sämtlichen örtlichen Wahlleiter des betreffenden Oberversicherungsamtesbezirks, damit diese sich kennen und sich einander helfen und beraten. Die oberen Wahlleiter müssen natürlich in engere Fühlung mit den örtlichen Wahlleitern treten; bei der Aufstellung der Versichertenvertreter ist möglichst Übereinstimmung zu erzielen. Man nehme in erster Linie solche Leute, die bereits bei der unteren Verwaltungsbehörde mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Beteiligten tätig waren.

Die Vorkarben zu den Wahlen sind nunmehr auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen. Der preussische Handelsminister hat den Erlaß der Wahlordnung nach einem im Ministerium angefertigten Entwurf der Regierungspräsidenten übertragen. Es steht die Ausarbeitung der Wahlen sicherlich kurz bevor. Unseren Oberversicherungsamts- und den örtlichen Wahlleitern, sowie den Gewerkschaftskartellen und sozialen Ausschüssen erwächst die Pflicht, sich bei der Aufstellung tüchtiger Kandidaten, rechtzeitiger Einreichung der Vorschlagslisten, Beeinflussung der Krankenkassenvorstandsmitglieder usw. gegenseitig zu helfen, damit ein gutes Resultat erzielt wird.

der Abgeordnete Spiegel, seines Zeichens Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes für Rheinland und Westfalen. Die sozialdemokratische Dortmunder Arbeiterzeitung behauptete nun am 20. Februar 1914 frech weg, wir hätten geschrieben, Spiegel wäre:

„nicht in genügender Weise für eine Verkürzung der Arbeitszeit (in der schweren Industrie. Red.) eingetreten.“

Diese Behauptung des Dortmunder Genossenblattes ist unwahr. Wir haben vielmehr folgendes geschrieben:

„Der Redner der Sozialdemokraten, Abgeordneter Spiegel förderte ein sehr umfangreiches Einzelmaterial zu Tage bezüglich der Ueberstunden, Pausen, Unfall- und Krankenziffern über Mißhandlungen; Lohnfrage und Pensionskassen. Mosaikartig fügte Spiegel Miß- und Uebelstände zu einem öden und trostlosen Bilde. Das wäre ja soweit ganz gut, wenn es sich darum handelte, heute noch die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung in der schweren Industrie nachzuweisen. Doch das ist nicht mehr nötig, weil sich alle Welt darüber klar ist. Heute handelt es sich vielmehr darum, die wirtschaftliche Durchführbarkeit einer Arbeitszeitverkürzung nachzuweisen und die von den Unternehmern dagegen geltend gemachten Einwände zu entkräften. Doch dazu sagte Spiegel nichts. Seine Ausführungen zu den von der Unternehmerorganisation behaupteten kurzen Arbeitszeiten in der schweren Industrie gipfelten in dem Satz: „Das kann nicht zutreffen, meine Herren! Wir sind der Meinung, daß der Bezirksleiter des sich auf seine Größe nicht wenig zu Gute tuenden sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes andere Beweismittel ins Feld hätte führen müssen.“

Das ist alles, was wir über die Spiegelrede geschrieben haben. Daß wir damit das Richtige getroffen und unsere Ausführungen der Sozialdemokratie äußerst unbehagen sind; beweist die Dortmunder Arbeiterzeitung. Um den Eindruck unserer für die Genossen unangenehmen Feststellungen zu verwischen, muß die Dortmunder Arbeiterzeitung, wie vorstehend gezeigt, zu einer offenkundigen Fälschung greifen, um uns mit Rot bewaschen zu können.

Wie elend trostlos muß es doch im roten Lager aussehen, wenn man schon zu solchen Mitteln greifen muß. Angesichts dieser Feststellungen erübrigt es sich, auf die Schimpfereien des sozialdemokratischen Blattes einzugehen. Wir bedauern nur das schöne weiße Papier, das mit solchem Zeug beschmiert wird und die armen Genossen, die beschwindelt werden.

Die christlich-national gefinnten Metallarbeiter können daraus wieder einmal ersehen, mit welcher unfauberen Mitteln die Genossen arbeiten. Die einzig richtige Antwort darauf ist, Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Allgemeine Rundschau

Nach dem Kölner Gewerkschaftsprozess

haben bekanntlich die klagenben christlichen Gewerkschaftsführer aus prozessualen Gründen Berufung gegen das Urteil eingelegt. Weil nun die verurteilten Sozialdemokraten keine Berufung einlegten — also das Urteil anerkannten — zogen die Kläger ihre Berufung zurück.

Eine Anzahl sozialdemokratischer Blätter suchen das mit den neueren Auseinandersetzungen im katholischen Lager in Verbindung zu bringen. Daran ist nichts wahres. Um Legendensbildungen vorzubeugen, sei deshalb festgestellt:

1. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben gegen das Kölner Urteil lediglich aus prozessualen Gründen Berufung eingelegt. Die Privatkläger waren bei der Urteilsverkündung durch ihren Prozeßbevollmächtigten Dr. Schreiber vertreten, während der Vertreter der beklagten sozialdemokratischen Redakteure, Herr Rechtsanwalt Heine, der Urteilsverkündung fern blieb. Dornach war die Rechtslage die, daß für die Privatkläger das Urteil 8 Tage nach der Verkündung, für die Beklagten dagegen erst 8 Tage nach Zustellung Rechtskraft erlangte. Die eigentliche Berufung der Privatkläger halte nur den Zweck um gegen etwaige nachträgliche Ueberfälschungen durch die Gegenseite gesichert zu sein.

2. Als der Brief des Herrn Kardinal Kopp bekannt wurde, war die Berufungsfrist bei der Urteilsverkündung abwesenden sozialdemokratischen Redakteure noch nicht abgelaufen, trotzdem haben sie keine Berufung eingelegt. Sie unterließen dies wohl aus der Erwägung heraus, daß durch den Brief und die daran sich knüpfenden Auseinandersetzungen sich nicht neue Anhaltspunkte ergaben zu dem Beweisthema, wonach die christl. Gewerkschaftsführer ein Doppelspiel getrieben haben sollen. Diese stehen vielmehr noch den Vorgängen der letzten Wochen noch ebenso rein und unangreifbar da, als nach dem Kölner Prozeß.

3. Zur Illustration sozialdemokratischer Agitationsgespinntheiten die Feststellung, daß, während sozialdemokratische Blätter in den letzten Tagen von einer Nachprüfung des Prozesses ihren Lesern goldene Berge versprochen, von „schimpflichem Rückzug“ etc. redeten, der sozialdemokratische Prozeßbevollmächtigte, Herr Rechtsanwalt Heine, gegenüber mehreren Stellen die Bitte aussprach, man möchte von einer Neuaufröhlung des Prozesses absehen. Herr Rechtsanwalt Heine mag für diese Feststellung der sozialdemokratischen Presse seinen Dank aussprechen; sie hat sie prozessualisiert.

4. Der sozialdemokratischen Presse diene schließlich zur Mitteilung, daß zwar der Gewerkschaftsprozess die Gerichte nicht noch einmal beschäftigt, daß aber wegen der neuen Beleidigungen im Anschluß an diesen Prozeß gegen mehrere sozialdemokratische Blätter demnächst erneut Beleidigungsklage angestrengt werden wird.

Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe

Die Tarifverhandlungen im Maßschneidergewerbe, die am 2. Februar in Nürnberg ihren Anfang nahmen, kamen am Samstag zum Abschluß. Gehilddigt waren von den drei Arbeiterorganisationen 98 Tarifverträge der Herren-, Damen- und Uniformschneiderei an 60 Orten. An der Tarifkündigung war der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe an 26 Orten mit 42 Tarifen beteiligt. Mit Ausnahme von Berlin und Metz (Uniformbranche) und Kiel war nirgends eine Einigung erzielt. Allgemein lehnten die Arbeitgeber jede Lohn-erhöhung ab, und auch in bezug auf die sogenannten prinzipiellen Streitpunkte zeigten sie bei den örtlichen Verhandlungen kein Entgegenkommen. Die Verhandlungen vor den Unparteiischen

gestalteten sich daher äußerst schwierig, um so mehr, da sich die Arbeitgeber auch vor diesen zu keinen Zugeständnissen herbeiließen, so daß in allen Fällen Schiedsprüche gefällt werden mußten, die sich, soweit die Lohnfrage in Betracht kommt, zwischen dreieinhalb und sieben Prozent bewegen. Ueber Abnahme oder Ablehnung haben nunmehr die Parteien abgestimmt.

Der bayerische Eisenbahnerverband

hat im Jahre 1913 eine Mitgliederzunahme von 1745 zu verzeichnen und zählte am Jahresluß 28 650 Mitglieder. Das Kassenvermögen steigerte sich auf über 100 000 Mark. Der Reichsfiskus, der den Mitgliedern vom Verband gewährt wird, wurde stark in Anspruch genommen und erforderte eine Ausgabe von 6420 Mark. Neben einer rührigen Ständesarbeit leistet die Organisation der bayerischen Eisenbahner auch Anerkennungswertes auf dem Gebiet der genossenschaftlichen Selbsthilfe, durch Rohleinkaufskassen, Rabattgenossenschaften usw. Dem Unterrichtsweesen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet durch Abhaltung von Unterrichtskursen, Verbreitung belehrender Literatur und durch ein besonderes Unterrichtsblatt, das dem Verbandsorgan beigelegt wird. Die eigens verwaltete Unterstützungskasse des bayerischen Eisenbahnerverbandes zählte Ende des Jahres 15 900 Mitglieder, hat ein Vermögen von 1.050 000 Mark und im vergangenen Jahre für Sterbe-, Invaliden- und Krankenunterstützung insgesamt 98 000 M. ansbezahlt. Der bayerische Eisenbahnerverband, der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands seit Jahren angeschlossen ist, kann auf die Entwicklung der letzten Jahre mit Genugtuung zurückschauen.

Integrale Quertreiber und Gelbe

Unter dieser Ueberschrift wies wir in Nr. 7 nach, daß die haltlosen Verdächtigungen, die das Krupp'sche Gelbenblättchen den Integralen Quertreiberblättern nachstammelte, ins Reich des Fabel gehörten. Daß unsere Darlegungen ins Schwarze getroffen, beweist der kirchhofsfriedliche Werkverein in seiner Nr. 8. Damals behauptete das Gelbenblättchen heftig und lächerlich, die christlichen Gewerkschaften seien nur eine Durchgangsstation zur Sozialdemokratie. Das wollte es beweisen durch die Behauptung, es seien Mitglieder von christlichen Verbänden zu den sozialdemokratischen übergetreten u. a. nannte der „gelbe Werkverein“ auch unseren Verband. Wir wiesen durch die tatsächlichen Zahlen nach, daß die sozialdemokratische Organisation uns nicht mehr abgeklopft habe, als wir den Genossen abholten.

Aus dieser Tatsache wird jeder — der kein Brett vor dem Kopf hat — entnehmen, daß die Behauptung des Essener Gelbenblattes: „die christlichen Gewerkschaften seien nur eine Durchgangsstation zur Sozialdemokratie“ eine offensichtliche Unwahrheit und eine böswillige Verdächtigung ist.

In seiner Nr. 8 kommt der Werkverein auf unsere Feststellungen zurück. Er ist vollständig platt. Reim Wort mehr von Durchgangsstation. In seiner Hilflosigkeit verdächtigt er stammeln weiter. (Würde er es nicht tun, dann möchten wir gerne einmal den „ehrliehen Makler“ in Funktion sehen.) Weil wir von den Sozialdemokraten auch Uebertritte zu verzeichnen haben, meint der „Werkverein“ lebten wir im Austausch mit den Genossen, deswegen wären wir kein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie und wir würden „von Jahr zu Jahr auch national unzuverlässiger“.

Falsch Werkverein! Das trifft nicht auf die christlichen Gewerkschaften sondern auf die Gelben zu. (Daher der Name gelbe Sumpfpflanze und Blutapfelstein.) Lebins der Hauptvertreter und Gründer gelber Werkvereine war sozialdemokratischer Redakteur. Die Haupttruppen der Gelben sitzen in roten Hochburgen und was sie in anderen Orten haben, verdanken sie dem Terror des Kapitals. Bei Wahlen mit geheimer Abstimmung zeigt sich immer wieder, daß die Gelben in ihrer Majorität rot wählen. Können diese Leute national zuverlässig sein? Nein. Deutsch und national war es allezeit offen und furchtlos seine Interessen zu vertreten und sich nicht zu begnügen mit den Brosamen, die vom Tische des Kapitals fallen.

Deutsch und national war es allezeit, sich nicht selbst zu entmannen.

Die christlichen Gewerkschaften entmannen sich nicht selbst. Ihr Koalitionsrecht verkaufen sie nicht. Frei und aufrecht vertreten sie ihre berufswirtschaftlichen Interessen; so war's, so ist's und so bleibt's; trotz Integraler, Gelber und anderer Landsknedchte der Scharfmacher.

Streifende Gelbe

Auf der ordentlichen Generalversammlung der Böcklinger Gelben ließ man den Schriftführer nach dem „Wirtschafts-frieden“ Nr. 2/1913 folgendes sagen:

„Wir (die Gelben) haben nicht unser Koalitionsrecht verkauft. Wir haben aber auch nicht nötig gehabt, irgendwelche Gewaltmittel anzuwenden, vielmehr haben wir in allen Lagen und in der Erreichung unserer Wünsche stets das Mittel friedlicher Verständigung vorgezogen und dürfen feststellen, daß wir immer damit die besten Erfolge (?) erzielt haben. Das ist auch nach wie vor unser Ziel!“

Das klingt ja gerade so, als ob die Gelben von Böcklingen nur ihre Wünsche dem Arbeitgeber (Firma Böckling) vorzutragen brauchten und bums, werden dieselben erfüllt. Daran glaubt aber in Böcklingen und in ganz Saarablen kein Gelber mehr. Und warum nicht? Nun, weil die Gelben ihr Programm ganz genau kennen gelernt und am eigenen Leibe erfahren haben, daß Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge sein können. Sie wissen ganz genau, daß sie nur solche Wünsche stellen dürfen, die nichts kosten und im übrigen nur als Prellbock gegen die Arbeiterrechte und Forderungen gebraucht werden.

Sa, warum bleiben die Leute denn trotzdem bei den Gelben, wird sich der Ruhensitzende fragen. Die Antwort ist gar nicht so schwer. Die Kapitalisten machen es mit ihren Gelben ähnlich wie der findige Polarforscher, der seinen Hund von Vochitz seines Schiltens aus eine an dem Ende seiner Peitsche angebundene Wurft vor die Nase hielt. Dadurch bewirkte er, daß die Hunde sehr schnell liefen und er sein Ziel schnell erreichte. Das Almosen in Gestalt einer jährlichen Gratifikation ist der Köder (die Wurft), womit die Gelben zusammengehalten werden sollen. Doch dieser Köder zieht nur so lange, bis die Arbeiter einsehen werden, daß sie dabei die Gelackmelerten sind. In Böcklingen, der Hochburg der Gelben im Saarrevier, ist dies wieder deutlich in Erfahrung geireten. Im Stahlgewerk des Böcklingschen Eisenerkes wurden im Januar Lohnreduzierungen angekündigt. Es gab wohl verärgerte Gesichter bei den Gelben, aber man steckte den Kopf in den Sand und hoffte, daß es nicht so schlimm ausfallen werde. Besonders schlaue Gelbe hofften, daß sich die viel verlässeren Streikge-

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ als Fälscherin

In Nr. 5 des Deutschen Metallarbeiter zeichnen wir die diesjährigen Reichstagsverhandlungen über das Süttnerarbeitergesetz. Als erster Redner sprach dazu

werkstätten, wie das bei früheren Anlässen geschah, der Sache annehmen und die Verschlechterungen von ihnen abwehren würden. Doch die Gewerkschaften bedankten sich für die Rolle des Schiedsmanns; das mögen sich die Vorkämpfer selber merken.

Weil aber starker Unmut in den gelben Reihen sich bemerkbar machte, hing man ihnen, wieder die "Bürgerwehr" vor die Nase. Ein Werksvertreter erklärte auf der Kaisergeburtstagsfeier, nachdem er einleitend ein großes Klagegedicht über schlechten Geschäftsgang angestimmt hatte: (Die Bilanz beweist das zwar nicht), "jeine Firma habe aber dennoch beschlössen, die Arbeitergratifikation, die demnachst zur Auszahlung gelangen werde, in derselben Höhe wie im vergangenen Jahre bestehen zu lassen." Und Jubel herrschte unter den armen irgeleiteten Gelben.

Doch als der Jahrestag kam, gab es sehr zornige Gesichter. Die Leute im Stahlwerk hatten einen Lohnausfall von 30 bis 40 Mark gegen den Vormonat. Das ging den Gelben übers Bohnenkopf. Sie vergaßen für einige Augenblicke die Bürger-Wehr und zirka 30 Mann der Nachschicht weigerten sich am 13. Februar unter den neuen Bedingungen weiter zu arbeiten. Nachdem Verhandlungen mit dem Firmeninhaber ohne Erfolg blieben, legten 30 "Wirtschaftsfriedliche" die Arbeit nieder und verließen das Werk. Für die Fröhlichkeit war schon die Polizei aufmarschiert. Einige der streikenden Gelben versuchten die Leute der Fröhlichkeit ebenfalls zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen. Doch ihre Mühe war umsonst, denn die "Gelbe" und Solidarität zwei unvereinbare Dinge sind. Und das Rückgrat der gelben Kämpfer schmolz wie Schnee vor der Sonne. Die Nachschicht nahm die Arbeit auch wieder auf. Der Gelbe, der gemagt hatte, wegen der Lohnreduzierung vorzeitig zu werden, wurde ohne Kündigung entlassen. Polizei stand für ihn bereit.

So geht es in der Praxis den Gelben und man ist versucht, auszurufen: Wenn du dich selber machst zum Knecht, bedauert dich niemand, geht's dir schlecht.

Wenn mir's besser werden? Nur dann, wenn die Hüttenarbeiter auf die Bürger-Wehr Verzicht leisten und sich gewerkschaftlich organisieren und echte Solidarität pflegen, wie die Arbeiter im christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands dies tun.

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Essen-Vergeborbeck. Auf der Zinkhütte in Vergeborbeck bestehen Differenzen.

Lobberich bei Krefeld. Bei der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Ullm. Schwegel, stehen die Arbeiter wegen Verteidigung des Koalitionsrechts im Kampf.

Mitten (Weiß). Bei der Firma Kötering und Beckmann bestehen Differenzen.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteur- und Hilfsmonteur wegen Tarifbruch der Arbeitgeber im Streik.

Monheim a. Rh. Auf den Mineralölwerken Rhemania stehen die Schlosser wegen Verteidigung des Koalitionsrechts im Streik.

Zugzug ist fernzuziehen.

Ein Kampf um das Koalitionsrecht

Monheim (Kreis Solingen). Die Firma Rhemania zu Monheim hat am 16. Februar d. J. die organisierten Kollegen der Schlosserei kurzerhand auf die Straße gesetzt. Der Sachverhalt ist folgender: Die Firma "Rhemania" errichtete in Monheim ein großes Mineralölwerk. In der Schlosserei des Werkes sind 27 Mann beschäftigt, wovon 21 dem christlichen Metallarbeiterverband angehören. Ein Teil der Kollegen ist verheiratet und von auswärtig zugezogen. Die Arbeitszeit betrug bis vor kurzem noch 11 Stunden pro Tag. Vor ungefähr 14 Tagen ging die Firma dazu über, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern ohne jedoch einen entsprechenden Lohnausgleich herbeizuführen. Daraufhin beschloßen die Kollegen der Firma einen Vorschlag auf 10stündige Arbeitszeit und entsprechenden Lohnausgleich schriftlich zu unterbreiten. Auf das Schreiben hin kam eine Verhandlung zwischen einer Kommission und der Firma zustande. Die Firma wollte unter allen Umständen die zehnstündige Arbeitszeit beibehalten. Jedoch wurde ein Lohnausgleich in Aussicht gestellt. Trotz der minimalen Zugeständnisse gaben sich die Kollegen mit dem Erreichten zufrieden. Schon bei den Verhandlungen ließ die Betriebsleitung wiederholt durchblicken, daß ihr der Verband ein Dorn im Auge war. Der Betriebsdirektor ließ sich sogar zu der Äußerung hinreißen: Der verdammte Verband. Die Sache war aber durch die Annahme der Zugeständnisse erledigt. Das war am 13., am 16. abends kurz vor Arbeitsbeginn ließ der Betriebsmeister die beiden ältesten Kollegen zu sich kommen und überreichte ihnen die Papiere mit dem Bemerkens: "Wir können nicht mehr zusammen arbeiten. Sie müssen den Betrieb verlassen." Den übrigen Kollegen wurde gesagt: "Wenn Sie Solidarität besitzen, müssen sie auch gehen." Verärgerte Kollegen erklärten daraufhin, daß sie dann gehen wollten. In demjenigen, welche noch weiter arbeiteten, sagte der Meister: "Sie müssen doch auch gehen." Die Papiere lagen für sämtliche Kollegen fertig da. Noch nie sind organisierte Arbeiter so brutal auf die Straße gesetzt worden, wie von der Firma Rhemania. Nichts, rein gar nichts, liegt gegen die Kollegen vor. Am Dienstag morgen versuchte Kollege Hebborn eine Aussprache mit der Betriebsleitung herbeizuführen. Die Herren waren jedoch nicht zu sprechen. Jetzt blieb nur noch der Weg in die Dienstlosigkeit übrig. Am Donnerstag, den 19. ds. fand eine öffentliche Volksversammlung statt, die zu dem Vorhaben der Firma Stellung nehmen sollte. Die Versammlung wurde zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung gegen die Firma Rhemania. Der geräumige Saal war überfüllt, die Arbeiter und Bürger von Monheim waren fast vollständig erschienen. Ein Beweis dafür, wie groß das Interesse ist, welches die Einwohner des Vorkommnisses der letzten Tage entgegenbringen. Kollege Hebborn gab in seinem Referat einen ausführlichen Bericht über alle Einzelheiten, die sich in den letzten 14 Tagen zugezogen hatten. Aus den Ausführungen war klar zu entnehmen, daß die Firma den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollte. Die Firma habe es nur darauf abgesehen, die Organisation zu vernichten. Hiergegen müsse die gesamte Einwohnererschaft von Monheim und Umgegend einschließliche Protest einlegen. Die Ausführungen des Referenten wurden von der Versammlung wiederholt durch stürmischen Beifall unterbrochen.

Die Bevölkerung steht voll und ganz auf Seiten der Arbeiter. In der nachfolgenden Diskussion erklärten sich die Vertreter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und forderten die Arbeiter auf, Solidarität zu üben. Ein anwesender Kollege, welcher noch im Betriebe beschäftigt war, erklärte nunmehr ebenfalls die Arbeit niederzulegen und die gemäßigten Kollegen zu unterstützen. Von den anwesenden Betriebsmeistern meldete sich niemand zu Wort. Im Anschluß an die Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die heute bei Menrath tagende außerordentlich stark besuchte öffentliche Volksversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem rücksichtslosen Vorgehen der Firma Rhemania gegen ihre organisierte Arbeitererschaft. Die Versammlung hat ergeben, daß seitens der Arbeiter nichts unternommen worden ist, was ein derartiges Verhalten der Firma rechtfertigen könnte. Der Angriff der Firma richtet sich offensichtlich gegen das durch Gesetz gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter. Daher steht die gesamte Einwohnererschaft von Monheim und Umgegend voll und ganz auf Seiten der um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiter. Die Versammlung werden alles versuchen, die noch im Betriebe beschäftigten Arbeiter ebenfalls zur Solidarität zu bewegen. Diejenigen, welche keine Solidarität üben, schlagen sich selber ins Gesicht. Die Versammlung spricht der Ortsbehörde für ihre bisherige neutrale Haltung den wärmsten Dank aus. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß die Direktion der Firma Rhemania über die wirklichen Vorkommnisse der letzten Woche falsch unterrichtet war. Da die Sachlage nunmehr geklärt ist, erwartet die Versammlung im Interesse des Friedens eine baldige Verständigung, damit die Arbeiter von Monheim und Umgegend ihre gesetzlich gewährleisteten Rechte ungehindert wahrnehmen können. Die unorganisierten Arbeiter verpflichten sich, unverzüglich der Organisation beizutreten."

Die Firma Rhemania wird einsehen müssen, daß sie mit ihrem Vorgehen das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollte. Die Arbeiterschaft steht geschlossen zusammen. Hoffen wir, daß bald eine Einigung zustande kommt. Viele Vorgänge sollten den Unorganisierten die Augen öffnen. Die Unternehmer von Monheim zeigen ihnen selbst den Weg, den sie gehen müssen. Darum hinein in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands.

Eingaben an den Bayerischen Landtag und Regierung

Sowohl zum Militär- wie auch zum Berg- und Hüttenetat hat unser bayerischer Verbandsbezirk Eingaben an die gesetzgebenden Faktoren eingereicht. Erstere Eingabe zum Militär- etat wurde kürzlich im Landtag verhandelt und der königl. Regierung zur Würdigung überwiesen. Der Berg- und Hüttenetat kam inzwischen im Finanzausschuß zur Beratung. Die Beratungen im Plenum stehen in nächster Zeit bevor. Auf beide Eingaben kommen wir noch in nächster Zeit eingehender zurück.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. März der zehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. März fällig.

Das Mitgliedsbuch Nr. 163 831 des Maschinenstellers Johann Coers ist verloren gegangen und wird hierdurch für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet

Duisburg. (Verwaltungsstelle.) Unsere gut besuchte Jahresgeneralversammlung fand am 8. Februar statt. Kollege Keher leitete die Versammlung. Der Jahresbericht wurde von den Kollegen Burgard und Hillok erstattet.

Arbeitsmarkt. Nach den Angaben des städtischen Arbeitsnachweises in Duisburg war die Zahl der arbeitslosen Metallarbeiter im Jahresdurchschnitt pro Monat um 77 größer als im Jahre 1912 und die Zahl der offenen Stellen um 18 pro Monat geringer. Die Entwicklung und der Beschäftigungsgrad in der Duisburger Metallindustrie war nicht einheitlich. Auf nachstehenden Werken wurden neue Abteilungen angelegt oder bestehende erweitert. Friedrich-Alfredhütte: Drahtwalzwerke, Hochöfen, Hahnische Werke: Stahlwerk, Bergbauhaus: Schiffbauhalle. A.-G. Phönix: Wagenstraße, Hochöfen, amerikanische Schnellwalze für Stabeisen. Niederrheinische Hütte: Groß-, Fein-Drahtwalzwerk und Hölzleranlagen. Kappelwerk: Gummiabteilung, Lagerhallen. A.-G. für Hüttenbetrieb: Brückenfabrik, Gewerkschaft Deutscher Kaiser: Gießerei, große Reparaturwerkstatt. Die Nachschicht wurde neu eingeführt in einer Abteilung der Deutschen Maschinenfabrik, bei Lohmann in der Dreherei, auf dem Rh. Stahlwerk II an der Feinstraße und auf dem Hahnischen Werk in der Bergwerke. Ueberhaupt den neu eingeführt wurden im Maschinenbau der Metallhütte und im Holzwerk II des Hahnischen Werkes. Ganz über teilweise wurde die Nachschicht in folgenden Betrieben beigestellt: Deutsche Maschinenfabrik: Kleinreiherei, Großreiherei, Fräseerei, Holzwerkzeugen, Schlosserei. Duisburger Hütte: Holzwerk. A.-G. Phönix: Presswerk. Bischoff: Presswerk, Hammerwerk. Kappelwerk: in allen Abteilungen. Rh. Stahlwerk I a. II: Grobstraße, Feinstraße. Hahnisches Werk: Holzwerk I a. II. Abgeschlossen wurden die Ueberstunden auf nachstehenden Werken: Schatz und Knaut: in allen Abteilungen. Rh. Stahlwerke I a. II: Flak, Expedition. Bischoff: Maschinenerei, Schmiede. Eich und Stein: Schlosserei. Harbeck: Bohrer. Kappelwerk: in allen Abteilungen. Niederrheinische Hütte: Reparaturwerkstatt, Hochöfen und Krännebau. A.-G. Phönix: Konstruktion, elektrischer Betrieb. Duisburger Maschinenfabrik: im ganzen Werk. Duisburger Hütte: Expedition. Gießer: Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Wenke und Overbeck in der Nischei Herabsetzung der Arbeitszeit um 2 Stunden pro Tag. Wegen Arbeitsmangel sind in folgenden Werken, wenn auch in geringem Umfang, Kürzungen vorgekommen, oder die Arbeiter haben selbst angefordert. Augsburg-Münchener Maschinenfabrik: Schlosserei. Maschinenfabrik Rager: Schlosserei. A.-G. Phönix: Elektrische Zentrale, Presswerk. Leereschneiderei: Eisenkonstruktion. Niederrheinische Hütte: Gießerei. Firma Keher. Kappelwerk: Klappstuhl, Gummiwerk, Großschiffbau. Bischoff, Metall- und Hammerwerk, Deutsche Maschinenfabrik, Hahnisches Werk: Holzwerk I a. II, Stahlwerk. Aus obigen Verlegungen geht hervor, daß zum Teil in ein und demselben Werk Betriebsveränderungen, Nachschichten und Ueberstunden eingeführt, gleichzeitig in anderen Abteilungen Nachschichten und Ueberstunden abgelehnt und Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden.

den. Gestützt auf die Berichte unserer Kollegen und auf die Tatsache, daß in den Betriebskrankenkassen der Hütten-, Metall-, Maschinen- und chemischen Industrie der Stadt Duisburg am Jahreschluss rund 800 Arbeiter gegen das Vorjahr mehr versichert waren, darf gesagt werden, daß 1913 für die hiesige Metallindustrie kein Jahr schlechter Konjunktur war.

Besonders beklagenswerte Umstände sind die gesundheitschädigende Beschaffenheit mancher Werkstätten und die hohe Unfallgefahr. In den Hütten- und Holzwerken des hiesigen Bezirkes verunglückt jährlich der fünfte Arbeiter.

Agitation und Mitgliederbewegung

Die Agitation wurde nach allen in der Gewerkschaftsbewegung in Brauch befindlichen Methoden betrieben. Zu Werbezwecken wurden öffentliche und Betriebsversammlungen abgehalten; außerdem über 150 000 Flugblätter verbreitet. Branchenagitation und Hausagitation wurden planmäßig betrieben. Im verflochtenen Jahre sind 1619 Unorganisierte aufgesucht und 367 gewonnen worden. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen beträgt 920. Gegenüber dem Vorjahr ist die Neuaufnahme um 91 geringer.

Trotz der angewandten Gegenmaßnahmen ist die Fluktuation in einigen Zahlstellen erheblich. Die Zahlstelle Meiderich hat bei 82 Neuaufnahmen nur einen Zuwachs von 7 Mitgliedern zu verzeichnen. In einigen Zahlstellen haben die zur Eindämmung des Übels eingesetzten Kommissionen nicht mit dem notwendigen Eifer gearbeitet. Unsere Mitgliederzahl stieg um 151. Der Zuwachs wäre größer gewesen, wenn nicht vier Zahlstellen einen Mitgliederrückgang von 65 zu verzeichnen hätten. Es verlor Laar 27, Homberg 1, Buchholz 23 und Großenbaum 14 Mitglieder. Erschwert wurde der Aufschwung durch die lebhafteste Bevölkerungsbewegung und durch die Einberufung von 44 Mitgliedern zum Militär, von denen eine Anzahl tüchtige Vertrauensmänner waren. Im Laufe des Jahres wurden den durch Teilung bestehender Zahlstellen mehrere neue Ortsgruppen gegründet. Die Zahlstelle Huckingen drohte an der Energielosigkeit ihrer Mitglieder zu Grunde zu gehen. Sie wurde aufgelöst und der Ortsgruppe Buchholz angegliedert. In anerkannter Weise haben die Buchholzer Kollegen in kurzer Zeit Ordnung in die huckinger Organisation hineingebracht. Mit besonders großen Schwierigkeiten haben wir in Hochemmerich-Friemersheim zu rechnen. Kreise, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung freundlich gesonnen sein müßten, beizutreten dem Vormarsch der Organisation Hindernisse. Im industriell aufstrebenden Gebiet links des Rheins konnte zur Gewinnung neuer Mitglieder nichts geschehen. Unsere alten Sektionen müßten in der Agitation und Verwaltung noch mehr Selbstständigkeit an den Tag legen, damit die Beamten Zeit gewinnen, auch solche Bezirke, Betriebe und Branchen zu bearbeiten, welche sonst brach liegen bleiben würden.

Eine außerordentlich umfangreiche Arbeit wurde auf der Geschäftsstelle geleistet. Es gelangten 7597 Briefe, Karten und Drucksachen zur Verfertigung. Hunderte von Zirkularen, Handzetteln und Flugblättern wurden verfaßt und in einer Auflage von 23 182 Exemplaren vervielfältigt. 55 100 Flugblätter ließen wir drucken. Für die Tages- und Gewerkschaftspresse wurden 47 Artikel geschrieben. In den 621 Versammlungen und Konferenzen war die Geschäftsstelle fast regelmäßig durch einen Beamten vertreten.

Die Kassenverhältnisse

nahmen eine gute Entwicklung. Gegenüber dem Jahre 1912 wurden 11 454 Beitragsmarken mehr verkauft. Die Beitragsleistung beträgt pro Mitglied im Jahresdurchschnitt 47,2 Marken. Erheblich unter dem Durchschnitt sind folgende Zahlstellen geblieben: Duisburg 45,8, Hamborn 45,5, Obermeiderich 45,8, Neudorf 44,3. Beitragsmarken. Am Jahreschluss waren mit der Beitragskassierung 122 Vertrauensmänner tätig. Die erdrückende Mehrzahl der Kollegen hat mit großem Eifer das mühevollste Amt ausgeübt. Die monatliche Abrechnung ist gegen früher pünktlicher geworden. Unsere Verwaltungsstelle war in der Lage, die Quartalsabrechnung 10 bis 15 Tage nach Vierteljahreschluss der Zentrale zuzustellen. Trotz nachhaltiger Bemühungen ist es nicht gelungen, die Zahl der refferierenden Marken auf ein geringes Maß herabzudrücken. Am Jahreschluss waren 1581 Beitragsmarken rückständig. Mehr als eine Marke pro Mitglied refferierten folgende Ortsgruppen: Beck 2,4, Hamborn 2,1, Obermeiderich 2,0, Neudorf 1,5, Wanheimerort 2,4, Monheim 1,2. Kein refferierendes Mitglied hatten 25 Vertrauensmänner. An Unterstützungen wurden 7897 M. ausgezahlt. Für Krankenerstattung allein mußten 5074 M. ausgegeben werden. Der Bestand der Lokalkasse ist leider auf 1068 M. zurückgegangen.

Lohnbewegungen

Die Interessen unserer Kollegen im Arbeitsverhältnis wurden tatkräftig vertreten. Bewegungen wurden geführt: bei der Firma Beckmann, im Gasrohrwerk und in der Bohrrohrdreherei des Hahnischen Werkes, auf der Duisburger Maschinenfabrik, auf der Kupferhütte, auf dem Phönix, bei Renner, im Duisburger Klempner- und Heizungsgewerbe. In den Bewegungen waren 598 Arbeiter beteiligt. 3 Bewegungen wurden von uns allein, 4 gemeinsam mit dem Deutschen Metallarbeiterverband und 2 mit den Hütten- und Holzwerken geführt. Mit einer Ausnahme waren unsere Bemühungen mit Erfolg gekrönt. Erreicht wurden Lohn-erhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich, bessere Bezüge der Ueberarbeit, Urlaub unter Fortbezahlung des Lohnes und bessere gesundheitliche Einrichtungen. In zwei Fällen kam ein Tarifvertrag zustande, in einem ein Preisverzeichnis. Bei drei Bewegungen mußte durch Streiks den Wünschen der Arbeiter ein größerer Nachdruck verliehen werden. Die Erfolge der Bewegungen können befrriedigen.

Den mehr als zweifachen Bericht nahm die Versammlung mit Beifall entgegen. Es zeigte eine lebhaft Diskussion ein. Die Kollegen von Großenbaum und Meiderich betonten, daß die Kritik ihrer Zahlen zu scharf sei. Beschlossen wurde, in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten. In den taktischen und agitatorischen Fragen wurde dem Vorstand freie Hand gelassen. Mit zwei Ausnahmen wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband wurde die glänzend verlaufene Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Kollegen! Auch im laufenden Jahre muß jedes Mitglied an der Stärkung des Verbandes mitarbeiten. Allen Hindernissen zum Trotz muß es vorwärts gehen.

Seite 1 B. Unsere diesjährige Generalversammlung, welche am 1. Februar stattfand, erfreute sich eines zahlreichen Besuches, sie verlief sehr anregend, so daß die Stimmung unter der Kollegenchaft als durchaus gut bezeichnet werden kann. Laut Kassenbericht, den Kollege Baumker erstattete, stellten sich die Einnahmen für die Lokalkasse auf 1416,29 Mark, die Ausgaben 776,59 Mark. Bleibt ein Bestand von 639,70 Mark. Die Einnahmen für die Hauptkasse belaufen sich auf 5584,65 Mark

Für Unterstüßungen wurden ausbezahlt 1076,67 Mark, und an die Zentrale gesandt 3693,30 Mark.

Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Kollege Holztauekemper er verbreitete sich darin zunächst über die Lage der jetzigen Konjunktur und unser Wirtschaftsleben. Er zeichnete die Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges und seine Folgen und hob die Lehren hervor welche für uns Gewerkschaftler daraus entstehen. Der Mitgliederbestand betrug zu Beginn des Berichtsjahres 174; neu aufgenommen wurden 27, zugereist sind 7, übergetreten aus anderen Verbänden 3, übergeschrieben aus der Jugendabteilung 5, zusammen 42.

Sipron sind ausgetreten, bzw. wegen Nichtzahlen der Beiträge gestrichen 12, zum Militär berufen wurden 3, gestorben ist 1. Abgereist sind 19, zusammen 35, so daß der jetzige Mitgliederbestand 177 beträgt. Das ist immerhin noch ein Zuwachs, wenn auch nur minimal, so daß die hiesige Ortsgruppe im verfloßenen Jahre ihre Position bewahrt hat. Regel muß jedoch für uns werden, in der Vorwärts-Entwicklung ein schnelleres Tempo zu nehmen, damit auch wir mit dazu beitragen, daß der christliche Metallarbeiterverband im Jahre 1914 vermehrt, gestärkt und gefestigt wird. Wir müssen die jetzige gute Situation, welche sich die christl. Gewerkschaften geschaffen haben, auch voll und ganz ausnützen. Das ist nicht nur für uns von Nutzen, sondern auch für das nationale Wohl des Deutschen Vaterlandes.

Wir Kollegen sind ganz besonders zu großem Dank verpflichtet unsern Führern, welche die Vorkämpfer unserer Bewegung sind, und so viel Anfeindung und Schmähung über sich haben ergehen lassen müssen, welche aber auch stets den Ernst erkannten und auch die richtigen Mittel anwandten, so daß jeder christlich-national denkende Arbeiter sich mit Vertrauen den christlichen Gewerkschaften anschließen kann, weil in ihnen seine wirtschaftlichen Interessen am besten aufgehoben sind.

An Versammlungen fanden statt eine sehr gut besuchte öffentliche, zehn Mitgliederversammlungen, welche einen Besuch von 55-60 Prozent aufzuweisen hatten; in jeder dieser Versammlungen ist ein Vortrag gehalten worden. Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen wurden zehn abgehalten, außerdem noch zwei gemeinschaftliche mit andern Berufen. Diese Sitzungen erpreuten sich durchweg eines guten Besuches, außerdem fanden noch sechs Werkstättenversammlungen statt.

Lohnbewegungen hatten wir im verfloßenen Jahre hier nicht zu führen. Zu den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen besteht hier nach wie vor ein gutes Verhältnis. Die Vorstandswahl ergab mit einer Ausnahme die Wiederwahl der bisherigen Kollegen, auch die beiden Kassiererevidoren wurden wiedergewählt. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, sich auch in Zukunft als treue und eifrige Arbeiter im Dienste des Standes und der Organisation zu bewähren. Jeder müsse seine Ehre daran setzen, stets ein ganzer Mann auf seinem Posten zu sein.

Aber auch alle übrigen Mitglieder müssen eifrig mitarbeiten, damit unsere Ortsgruppe im kommenden Jahre nach Innen und Außen gefestigt und gestärkt werde. Ganz besonders sei die Jugend schon früh dem Verbande zuzuführen. Jedes Versäumnis in dieser Hinsicht hieße dem Gegner in die Hände arbeiten. Durch eine planmäßige Hausagitation müsse der Versuch gemacht werden, die indifferenten Arbeiter von Selbst für den Verband zu gewinnen. Die Eltern erwachsener Söhne sollen bei dieser Gelegenheit ebenfalls aufgesucht und mit unserer Bewegung bekannt gemacht werden, damit wir in ihnen Freunde und Förderer für unsere Sache gewinnen und uns somit auch der Nachwuchs erhalten bleibt. Es wurde den Kollegen dann noch besonders das fleißige Lesen des Organs, sowie der pünktliche und regelmäßige Versammlungsbefuch zur Pflicht gemacht.

Kollege Föhrer ging auf die einzelnen Punkte des Jahresberichtes noch näher ein und wies den Kollegen nach, daß die christlichen Gewerkschaften ein schweres und sturmbelegtes Jahr hinter sich hätten, aber aus denselben siegreich hervorgegangen seien. Alle Versuche der Gegner, von welcher Seite sie auch gekommen seien, wurden mit Erfolg abgewehrt und der Schild der christl. Gewerkschaften sei rein und makellos geblieben. Er ermahnte die Kollegen, treu und fest zu ihrer Organisation zu halten und den Vertrauen den Führern entgegen zu bringen. Auch müsse jedes Mitglied dazu beitragen, daß die Selbst Ortsgruppe einen guten Aufschwung nehme. Dieses sei aber nur zu erreichen, durch planmäßige Hausagitation und da müsse es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen sein, sich hieran zu beteiligen. Der Vorsitzende schloß die in allen Teilen gut und anregend verlaufene Versammlung mit der Aufforderung, die heute gefaßten Beschlüsse zur Tat werden zu lassen und treu, einig und geschlossen zum Verbande zu halten, damit die hiesige Ortsgruppe blühe, wachse und gedeihe, uns allen zu Ruh, dem Feinde zum Trug, zum Wohle der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Flensburg. Die am 28. Januar stattgefundene Generalversammlung nahm einen anregenden Verlauf, wiewohl der Besuch hätte besser sein können. Das muß in Zukunft anders werden. Der Vorsitzende Kollege Friß eröffnete die Versammlung und begrüßte die erschienenen Mitglieder. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde vom Kollegen Duggen verlesen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Den reichhaltigen Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Friß. Ganz besonders wies er hin auf den verlorenen Werftarbeiterstreik, an dem die Mehrzahl unserer Mitglieder beteiligt waren. Trotzdem die christlich organisierten Metallarbeiter während des Kampfes volle Solidarität übten, wurden wir von den sozialdemokratischen Gewerkschaften von Verhandlungen ausgeschlossen. Die Lohnforderungen, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaften an die Werftarbeiter stellten, waren nach dem Muster „Alles oder Nichts“ aufgestellt. Das Ende dieses Kampfes war ein vollständiges Fiasko für die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Beteiligt an diesem Streik war unsere Ortsgruppe mit 115 Kollegen; an Streikunterstützung bezogen sie 12 484,21 M. Nebenbei sei noch besonders hervorgehoben, daß dieselben den christlichen Metallarbeitern durch ihre Verbandsleitung freudig zugestanden wurde. Ganz das Gegenteil war zu verzeichnen bei den roten Gewerkschaften. Volle 3 Wochen irrten die Genossen umher, bis sie dann schließlich eine Vor-schuhunterstützung bekamen.

Kollegen von Flensburg! Dieser Kampf hat deutlich die Ohnmacht der sozialistischen Verbände gezeigt. Umso mehr haben wir vollen Grund, treu und fest zu halten an unserer Organisation. Wir dürfen unsere Pflichten aber nicht vergessen. Unermüdet muß jeder die Werbearbeit betreiben und unsere Reihen stärken helfen, um auch in Zukunft gewappnet zu sein. Zur Erledigung der inneren Verwaltung fanden im Berichtsjahr 18 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Anwesend waren durchschnittlich 10 Kollegen. Öffentliche Versammlungen wurden 2 abgehalten, Monatsversammlungen 14, der durchschnittliche Besuch betrug nur 35 Kollegen; unsere Kollegen müssen ganz ernstlich Einsicht halten. Eine der vornehmsten Pflichten des Gewerkschaftlers ist der pünktliche Versammlungsbefuch. Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahre 19 Kollegen, übergetreten aus anderen Verbänden sind 6. Ge-

storben, abgereist und ausgetreten sind 45. Flugblätter wurden 4000 Stück verteilt. Besonders das Flugblatt, welches an den Werftarbeiter verteilt wurde, mit dem Titel: „Wer trägt die Schuld an dem schmachvollen Ausgang der Bewegung auf den Seefahrerwerken“, fand bei den Gegnern gute Abnahme. Zum Kapitel Hausagitation ist zu berichten, daß die Beteiligung daran bedeutend besser werden muß. Ein ganzer Teil Kollegen hat fast vollständig versagt. Von 100 Adressen wurden 6 Kollegen gewonnen. An zwei soziale Wahlen waren wir beteiligt. 1. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse errang die christliche Liste 3 Vertreter, 6 Ersatzmänner. 2. Zur Betriebskrankenkasse der Schiffswerke stellten wir 2 Vertreter und 4 Ersatzmänner. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 19 013,31 Mark (darunter 12 784 M. Zuschuß), die Ausgaben betrugen 15 961,75 M. An die Hauptkasse wurden gesandt 3051,56 Mark. Der Bestand der Lokalkasse belief sich zu Beginn des Jahres auf 554,37 M. und betrug am 1. Januar d. J. 473,53 Mark. Bei der Neuwahl wurde der engere Vorstand einstimmig wiedergewählt. Die Vertrauensmännerversammlungen mußten auf die nächste Monatsversammlung verschoben werden, weil die Zeit schon zu weit vorgeschritten war. Beim Punkt Verschiedenes kam es zu verschiedenen scharfen Debatten, die leicht hätten vermieden werden können, da wichtige Gründe dazu gar nicht vorlagen. Kollege Dogler richtete zum Schlusse an die Anwesenden beherzigende Worte. Zurückkommend auf den dritten Deutschen Arbeiterkongress, gab er uns die Richtlinien an, die unsere Bewegung gehen muß. Nur durch ständig verbende Arbeit können wir Erfolge erzielen, alle müssen aber auch Hand anlegen, ein jeder auf seinem Posten.

Borsheim. In unserer diesjährige Generalversammlung, die am Sonntag, den 8. Februar stattfand, gab der Kollege Ruhn den Jahresbericht. Denselben ist folgendes zu entnehmen. Das innere Gewerkschaftsleben in Borsheim und Umgebung ist im letzten Vorjahre gegen das Vorjahr etwas reger gewesen. Die Kollegen finden sich wieder mehr zur gewerkschaftlichen Arbeit zurück. Doch wäre zu wünschen, daß noch mehr Kollegen sich zur Arbeit für die Organisation bereit finden würden. Auf den Versammlungsbefuch hat die Durchführung der Dortmunder Verbandstagsbeschlüsse (Versammlungskontrolle) etwas bessernd gewirkt. Eigentümlich muß es einen berühren, daß einige Kollegen durch die Bekanntgabe der diesbezüglichen Resolution sich gekränkt fühlten und von Zwangsmaßnahmen sprachen. Die Kollegen beweisen dadurch, daß ihre gewerkschaftliche Durchbildung noch zu wünschen übrig läßt. Für einen fertigen Gewerkschaftler braucht man allerdings solche Maßnahmen nicht. Es fanden statt: Mitgliederversammlungen 107, öffentliche Versammlungen 8, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen 78; Werkstätten- und Fabrikversammlungen 10. — Es wurden verteilt im Berichtsjahre 91 400 Flugblätter.

Der Beamte war tätig in 139 Versammlungen und Sitzungen. Die Tätigkeit auf der Geschäftsstelle zeigt sich zum Teil in folgenden Zahlen: Es gingen ein: Briefe 499, Drucksachen 362, Der Auslauf betrug an Briefen 638, Drucksachen 1749. Außerdem wurden auf dem Büro hergestellt und verschickt 7857 Rundschreiben und Aufzettel in 68 Arten.

Hausagitation wurde hauptsächlich im vierten Quartal betrieben. In den drei ersten Quartalen war der Erfolg gering, weil wir sehr schlechten Geschäftsgang hatten und derselbe erst im letzten Vierteljahr etwas anzog. Doch wäre auch in den ersten drei Vierteljahren sicher etwas mehr zu erreichen gewesen, wenn sich die Kollegen in größerer Anzahl zur Verfügung gestellt hätten. Es beteiligten sich anfänglich nur 3-4 Kollegen an der Hausagitation. Im letzten Vierteljahr waren es deren 10-12. Der Erfolg ist auch bemerkenswert. Es wurden Aufnahmen gemacht und zwar mit ganz geringen Ausnahmen nur durch Hausagitation im 1. Vierteljahr 5, im 2. 9, im 3. 15 und im 4. 39. Zusammen 68 Aufnahmen für Pforzheim. Das Ergebnis zeigt, daß es falsch ist, wenn sich die Kollegen durch die etwas schwierigen Verhältnisse entmutigen lassen, sondern, daß ausdauernde Arbeit immer einen Erfolg erzielt.

Das Gleiche gilt auch bei den austretenden und wankelmütigen Mitgliedern, deren wir auch im letzten Jahre noch eine ganze Anzahl hatten. Die Neuaufnahmen einschließlich Uebertritte aus anderen Verbänden betragen im ganzen Verwaltungsjahre 213, doch war die Fluktuation so stark, daß wir am Jahreschlusse ein Mitglied weniger hatten als am Anfang.

Nach dem Kassenbericht wurden in der Gesamtverwaltung erzielt an Einnahmen für die Hauptkasse aus Markenverkauf 13 283,15, für Broschüren und Plakate 155,25 Mark, aus Streiksammlungen 116,70 Mark, sonstige Sammlungen 30 Mark. Gesamteinnahmen betrugen 14 362,73 Mark. Von den Ausgaben ist besonders hervorzuheben die für Krankheit im Betrag von 3994,04 Mark und für Arbeitslosigkeit mit 1773,84 Mark. An sonstigen Unterstüßungen wurden ausbezahlt 816,50 Mark. An der Lokalkasse sind zu verzeichnen an Einnahmen 3978,85 Mark. Ausgaben 3904,57 Mark, bleibt ein Bestand von 74,28 Mark. Auch hier muß noch gründlich Uenderung geschaffen werden.

In Lohnbewegungen waren unsere Kollegen beteiligt in Karlsruhe bei Junker u. Ruh, Nähmaschinen, Defen und Herdefabrikation. Der Grund der Bewegung war Abwehr der angebotenen Akkordreduzierung und Befreiung verschiedener Mißstände. Das Ergebnis war nicht befriedigend.

Bei M. A. Kämme in Bretten handelte es sich um die gleichen Fragen. Nach fünfzehntägigem Streik wurde erreicht, daß die Reduzierungen zurückgezogen wurden.

Die Neuwahlen brachten keine wesentlichen Veränderungen. Nach einigen aufmerksamen Worten durch Kollegen Ruhn wurde die einstimmig verlaufene Versammlung geschlossen.

Nun gilt es im laufenden Jahre die Tätigkeit energisch fortzusetzen, die noch untätigen Mitglieder zur Mitarbeit heranzuziehen und dadurch den Stab unserer fleißigen Gewerkschaftler zu vermehren. Wenn jedes Mitglied seinen Posten voll und ganz ausfüllt, dann können wir sicher im nächsten Jahre von einem guten Fortschritt im Mitgliederbestand und in der weiteren Ausbildung unser Mitglieder berichten.

Neuburg. Samstag, den 31. Januar fand die Generalversammlung unserer Sektion statt. Die Beteiligung war leider nicht zufriedenstellend. Es fanden 11 Mitgliederversammlungen statt, 1 mußte wegen Mangel an Beteiligung ausfallen. (Das ist ein sehr schlechtes Zeichen. Red.) Durch Hausagitation wurden 24 Kollegen gewonnen, 14 Vollmitglieder und 10 Jugendliche. Leider glauben noch manche Kollegen an der großen Bescheidenheit die Hausagitation einigen wenigen überlassen zu müssen. Hätten sich mehr Kollegen beteiligt, wäre der Erfolg noch besser gewesen. Auf die Heranziehung der Jugend müssen wir im kommenden Jahre besonderes Gewicht legen. Größere Bewegungen waren nicht zu verzeichnen. In einer kleinen Vießerei, wo wir mit 3 Kollegen in Betracht kamen, wurde eine Bewegung friedlich mit Erfolg beendet. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, mit Ausnahme des Kassierers,

welcher aus Gesundheitsrücksichten zurücktrat. An seine Stelle trat Kollege Th. Rüppers, bei welchem für die Folge Unterstüßungen usw. ausbezahlt werden. Dann erstattete Kollege Schöffers-Barmen ein längeres Referat über die Bewegungen und Kämpfe auf gewerkschaftlichem Gebiete im verfloßenen Jahre und kam dann auf unsere Ortsgruppe im besonderen zu sprechen. Jeder Kollege solle eine Genossenschaftsagitation halten an Hand folgender 5 Fragen: War ich pünktlich im Zahlen der Beiträge? War ich ein regelmäßiger Versammlungsbefucher? War ich eifriger Leser des Verbandsorgans? War ich ein arbeitsfreudiges Mitglied? War ich ein unermüdetes Agitator? Der Beifall der Kollegen bewies ihr Einverständnis mit den Ausführungen. Zur Erzielung eines besseren Versammlungsbefuches wurde beschlossen, daß für die Folge zur Kontrolle die Mitgliedsbücher mitzubringen sind. Vom Kassierer wurde angeregt, auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß bei eintretenden Krankheitsfällen umgehend Meldung beim Vorsitzenden unter Vorlage von Mitgliedsbuch und Krankenschein zu erfolgen hat, da Verzögerungen sehr leicht zu Unannehmlichkeiten führen könnten. In seinem Schlußwort ermahnte der Vorsitzende nochmals dringend, im kommenden Jahre mit verdoppelter Eifer an der Festigung und Ausbreitung unserer Organisation zu arbeiten.

Rüdingen. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 2. Februar in Gegenwart des Bezirksleiters Kollegen Dogler statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache an die zahlreich erschienenen Kollegen und erstattete dann den Jahresbericht, wobei er besonders hervorhob, daß auf Grund der notwendig gewordenen Beitragserhöhung von 75 auf 80 Pfg. einige Kollegen dem Verband den Rücken gekehrt hätten. Es gibt immer noch Mitglieder in unserer Zahlstelle, die wohl die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung einsehen, die aber versagen, wenn es heißt, Opfer bringen, und glauben, sie hätten als sogenannte Staatsarbeiter eine Berücksichtigung betreffs der Beitragszahlung zu beanspruchen.

Zu Punkt Hausagitation wurde festgestellt, daß die Kollegen trotz wiederholter Aufforderung es nicht fertig brachten, Adressen herbeizuschaffen, jedoch von Erfolgen nicht berichtet werden kann. Wollen wir in Rüdingen weiterkommen, dann ist Vorbedingung, Adressen zu sammeln, um so die Hausagitation einzuleiten. Ebenfalls muß in diesem Jahre die Jugendagitation energisch durchgeführt werden, damit wir am Schlusse des Jahres eine stattliche Gruppe Jugendlicher vorzuweisen können.

Zum erstenmale konnten wir uns auf Grund des eingeführten Verhältniswahlsystems an den Arbeiterauswahlgewahlen beteiligen. Mit dem Erfolg derselben können wir zufrieden sein, einen Kollegen haben wir im Arbeiterauswahlgewinn erhalten.

Laut Kassenbericht wurden an die Hauptkasse abgeführt 941,83 Mark, an die Bezirkskasse 149,82, an Krankenkassenunterstützung wurden ausbezahlt 93,34 Reichsmark, 76,50 und Arbeitslosenunterstützung 63 Mark.

Hierauf gab der Bezirksleiter Dogler einen Ueberblick über die Gesamtbewegung im verfloßenen Jahre. Zunächst wies er hin auf die Unsicherheit unseres Wirtschaftslebens infolge der Balkanwirren und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit. Ferner auf die antijohannischen Bestrebungen des Kartells der schaffenden Arbeit, sowie auf den schmachvollen Ausgang der Werftarbeiterbewegung. Demgegenüber betonte er aber auch die Lichtseiten. Zu erwähnen seien vor allem die großen Erfolge der christlichen Arbeiterschaft bei den sozialen Wahlen, sowie der einzig dastehende Kampf des christlichen Metallarbeiterverbandes in Menden. Zum Schlusse gedachte er noch des dritten christlich-nationalen Arbeiterkongresses und seines Wertes für die deutsche Arbeiterbewegung.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Nach erfolgter Neuwahl dankte der Vorsitzende den alten Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeiten und richtete dann an sie und an die anderen Kollegen den Appell, in Zukunft pünktlich die Versammlungen zu besuchen, das Verbandsorgan fleißig zu lesen und vor allem in der Agitation nicht zu erlahmen. Kollegen, heraus aus der Reserve, hinein in die Agitation.

Diedenhofen. Von einem Kollegen aus Diedenhofen wird uns geschrieben: Zu dem Artikel über die Hirsch-Dunker in Nr. 5 unseres Verbandsblattes möchte ich auch noch einiges über die Tätigkeit des „H.-D. Gewerkevereins“ hier in Diedenhofen erwähnen, welches diese Gewerkschaft nicht im besten Lichte erscheinen läßt. Vor ca. 3 Monaten wurde von den H.-D. für die hiesigen Kammerich-Werke eine Betriebsversammlung einberufen, welche die Regelung und Zahlung eines höheren Stundenlohnes für Ueberstunden und Nacharbeit zur Tagesordnung hatte. In dieser Versammlung war unser christlicher Metallarbeiterverband ebenfalls vertreten. Nach einer längeren Debatte wurde von den anwesenden Arbeitern beschlossen, der Leitung des Kammerich-Werkes durch den Arbeiterauswahlgewinn eine Forderung zu stellen auf Zahlung von 20 Proz. Zuschlag für Ueberstunden bis 9 Uhr, und einen Zuschlag von 40 Proz. für Ueberstunden nach 9 Uhr. Um dieser Forderung etwas Nachdruck zu geben, wurde in der betreffenden Versammlung ausdrücklich betont, daß alle Kollegen, soviel wie möglich, die Ueberstunden so lange vermeiden möchten, bis die Forderung ganz oder teilweise genehmigt sei. Zu meinem Erstaunen mußte ich aber schon am folgenden Tage sehen, daß der damalige 1. Vorsitzende der H.-D., welcher am Vorabend die betreffende Versammlung persönlich geleitet hatte, bis 12 Uhr nachts überarbeitete. Auch die Mehrzahl der H.-D. Mitglieder machten in der folgenden Zeit die Ueberstunden ruhig weiter. Da also von den Hirsch-Dunkerschen, die sich doch in diesem Werke in der Mehrzahl befanden, die Ueberstunden weiter gemacht wurden, ist es leicht begreiflich, daß die Firma die Forderung einfach ablehnte, weil ja genug Ueberstunden auch ohne Prozente gemacht wurden. Ganz besonders befremdete es mich aber, als mir 3 oder 4 Wochen nach der betreffenden Versammlung auf meine Frage geantwortet wurde, der Herr aus H.-D. Mitgliedern bestehende Arbeiterauswahlgewinn hätte die Forderung überhaupt noch nicht gestellt, sondern er wolle dies erst in den nächsten Tagen tun. Also erst macht man die Ueberstunden ruhig weiter, dann wartet man auch noch 3 bis 4 Wochen, ehe man die Forderung einreicht, damit dies nur ja in einer Zeit geschieht, wo die Ueberarbeit nicht mehr so dringend nötig ist. Man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn eine Forderung abgelehnt wird. Warum der H.-D. Gewerkeverein, der mit diesen Verhandlungen betraut wurde, diese nicht gewissenhaft und nachdrücklicher vertrat, ist mir am Stiftungsfeste der Hirsch am 18. Januar er. so recht klar geworden. Auf diesem Feste war die gesamte Leitung des betreffenden Kammerich-Werkes, vom Direktor und Betriebsführer bis zum Kolonnenführer hinab vertreten. Dafür lassen dann die Hirsch die berechtigten Forderungen der Arbeiter ganz unter den Tisch fallen. Und so nennt sich „Arbeiterauswahlgewinn“. Wie verlaunt, soll der Hirsch-Dunkersche Metallarbeiterverein, Abteilung Saargebiet, bei der nächsten H.-D. Generalversammlung mit den bekannten Mützen a 50 Pfg. und

mit einem Schinkenbrot auf der Faust anmarschieren kommen. Vorauf flattert stolz das gelbliche Banner. Von hoher Stimme winkt der Generalrat mit dem „Regulator“ zum freudigen Empfang. Eggelsen Haackel könnte bei den H.-D. die merkwürdigsten Entwicklungsphasen studieren. Empfohlen sei ihm dieses Gebiet für seine Forschungen. Es bietet reichhaltiges Material.

Eine aufrechte Arbeiterschaft lehnt die H.-D. Gewerkschaft ab. Ihr Platz ist im christlichen Metallarbeiterverband. St.

Weiberhammer. Für die Belegschaft des kgl. Hüttenwerkes in Weiberhammer fand am Mittwoch, den 18. Febr. eine zahlreich besuchte Versammlung statt. Auch Herr Bergmeister Hornung war der Einladung gefolgt und nahm mit einigen Meistern an der Versammlung teil. Die Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Jahre 1913 hat einem Großteil der Arbeiterschaft unter anderem eine beträchtliche finanzielle Einbuße gebracht. Eine starke Verbitterung hatte sich deshalb unter der Arbeiterschaft breit gemacht. Die Versammlung hatte den Zweck, klärend zu wirken und einen Weg zur gegenseitigen Verständigung zu finden. Den Vortrag hatte Bezirksleiter Konrad aus Nürnberg übernommen. Er kennzeichnete einleitend die Stellung dieser Art Staatsbetriebe im Wirtschaftsleben der Neuzeit und besprach dann eingehend die Arbeitsverhältnisse. Eine sachliche Kritik richtete sich gegen die diesbezüglichen Neuerungen in Weiberhammer. An der Diskussion beteiligten sich Bergmeister Hornung, einige Arbeiter und der Versammlungsleiter Kollege Heilig. Nach eingehender Aussprache wurde der Vorschlag des Kollegen Konrad, die einzelnen Fälle, insbesondere unzureichende Akkordpreise festzustellen und darüber Verhandlungen zu führen zwischen Werksleitung und Arbeiter-Vertretung, allerseits angenommen. Vor Versammlungsschluss sollte noch eine persönliche Verleumdung aufgeklärt werden. Der Verbreiter gewisser Gerüchte zog es jedoch vor, dieser Aufklärung aus dem Wege zu gehen. In diesem Auskniefen lag das Eingeständnis, daß tatsächliche Unterlagen fehlten und die diesbezüglichen Redereien nur den offensichtlichsten Zweck hatten, die Einigkeit und Solidarität in der Arbeiterschaft zu untergraben. Die Arbeiter haben im letzten Jahre gelernt, daß sie alle Ursache haben, einig zu sein und jedwede Zersplitterung energig abzuweisen. Die Arbeiter mußten gerade im letzten Jahre die bittere Erfahrung machen, wie sehr sich der mangelhafte Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverband rächt. So konnte mit Recht der Referent im Schlußwort sagen, eine jede Arbeiterschaft wird zuletzt die Behandlung haben, die sie verdient, es ist verkehrt auf Unternehmern und Werksleiter zu schimpfen und das gesetzliche Recht der Koalition nicht zu benutzen. Eine geschlossene organisierte Arbeiterschaft wird in der Lage sein, ihre berechtigten Bestrebungen durchzusetzen. Deshalb treu zum christlichen Metallarbeiterverband. Auch die Werksleitung mußte einsehen, daß Unruheflüster noch mehr Verzerrung in die Arbeiterschaft tragen im Falle der Verständigung erschweren. Es steht zu hoffen, daß bei entsprechendem, wo immer möglichem Entgegenkommen der Werksleitung, innerhalb der Arbeiterschaft Verständigung und nicht zuletzt befriedigendes Zusammenarbeiten Platz greifen wird.

Kollegen in Weiberhammer! Sorgt durch eure Geschlossenheit für den notwendigen Einfluß, laßt euch durch keinen Außenseiter verwirren, dann ist es für die Zukunft nicht schlecht bestellt.

Schweidnitz. Unsere Generalversammlung fand am 31. Januar statt. Die Beteiligung an derselben war im Gegensatz zu den Monatsversammlungen, nicht zufriedenstellend. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir 16 Mitglieder zugenommen. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf die im März abgehaltene Hausagitation zurückzuführen, welche einen schönen Erfolg hatte. Die Gesamtentnahmen der Hauptkasse betrug 1289,30 Mark, die Ausgabe 689,42 Mark, mithin konnten 599,88 Mark an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Vorstandswahl ergab mit kleinen Abweichungen, die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Beschlossen wurde, im März eine Hausagitation abzuhalten. Der Vorstand hat die Anwesenden, die Arbeit hierfür nicht dem Besonderen allein zu überlassen, sondern mitzuwirken, damit diese Agitation einen vollen Erfolg zeitigt. Darum mußte jeder seine Schamhaftigkeit und Bergbarkeit ablegen, damit der D-

gankfaktor immer mehr neue Mitglieder zugeführt werden können. Weiter soll auch jedes Mitglied das Organ stets durchlesen und nicht, wie es oft vorkommt, achlos bei Seite legen. Dann würden die Versammlungen ebenfalls besser besucht werden. Im Interesse des Verbandes und einer geregelteren Kassenführung ist es auch besonders wichtig, daß die Beiträge pünktlich entrichtet werden. Der Vorsitzende schloß die Generalversammlung mit dem Wunsche, daß die Kollegen eifrig arbeiten möchten, denn nur so würde der Verband weiter wachsen, blühen und gedeihen.

Kollegen von Schweidnitz! Ihr habt gehört, welches die Aufgaben und Pflichten eines rechten Gewerkschaftlers sind. Darum stelle sich jeder in den Dienst der guten Sache. Die Parole muß lauten: Hinein mit dem letzten Mann in den christlichen Metallarbeiterverband!

Chemnitz. Unsere am Sonntag, den 15. Februar stattgefundene Generalversammlung hatte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches zu erfreuen. Auch der ganze Verlauf der Generalversammlung berechtigt zu den besten Hoffnungen in Bezug auf die Weiterentwicklung unserer Ortsgruppe. Aus dem vom Vorsitzenden, Kollegen Sarmahay erstatteten Jahresbericht sei folgendes wiedergegeben:

Im Laufe des Berichtsjahres hat in jeder Woche eine Vorstand- und Vertrauensmänneritzung stattgefunden. Davon die meisten auf dem Büro der Bezirksleitung. Von einigen Ausnahmen abgesehen, haben sämtliche in Betracht kommenden Kollegen die Sitzungen regelmäßig besucht. Das gleiche günstige Resultat ist leider von den 12 im Berichtsjahre abgehaltenen Mitgliederversammlungen nicht nachzuweisen. Der Besuch dieser Versammlungen durch die Mitglieder schwankte zwischen 35 und 45 Prozent. In jeder Versammlung ist den Kollegen ein Vortrag geboten worden. Einige der behandelten Themen seien hier genannt: „Unsere nächsten Aufgaben“, „Die neuen gewerkschaftlichen Vorgänge in der Metallindustrie“, „Was jedes Mitglied von den Statuten unseres Verbandes wissen muß“, „Das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in den Chemnitzer Betrieben“, „Hausagitation“, „Die Krankenkassenwahlen“, „Der dritte deutsche Arbeiterkongreß“, „Der Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen“. Ueber die Teilnahme der Kollegen an den Mitgliederversammlungen ist das ganze Jahr eine Statistik geführt worden, so daß jedem Mitglied an der Hand dieser Aufzeichnungen genau nachgewiesen werden kann, ob und wie oft er sich an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen beteiligt, und dementsprechend seine gewerkschaftlichen Pflichten erfüllt hat.

In Flugblättern sind im vergangenen Jahre etwa 50 000 verteilt worden. Auch haben wir des öfteren Gelegenheit nehmen müssen, in unserem Verbandsorgan und in der Tagespresse uns mit den Gegnern, namentlich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu befassen.

Die Hausagitation bildet einen wunder Punkt in der Tätigkeit der Ortsgruppe. Diese Arbeit ist im Berichtsjahre ausschließlich nur von den Vorstandsmittgliedern und Vertrauensleuten geleistet worden.

Bei den Wahlen zur hiesigen Ortskrankenkasse haben wir infolgedessen einen Erfolg zu verzeichnen, als 7 nationale Vertreter in den Ausschuß gewählt wurden, und unser Kollege Gierg in den Vorstand der Kasse kam. Im Berichtsjahre ist es auch gelungen, eine Sektion der Jugendlichen ins Leben zu rufen. Wenn dieselbe auch noch klein ist, so berechtigt sie doch zu den besten Hoffnungen.

Der Kassierer, Kollege Heilig, erstattete den Kassenbericht. Einleitend gab er einen allgemeinen Überblick über die Tätigkeit der Vertrauensmänner hinsichtlich der Beitragskassierung und über die Beitragszahlungen der Mitglieder. Die Vertrauensmänner und auch die Mitglieder sind in dieser Beziehung ihrer Pflicht im allgemeinen gut nachgekommen. Im ersten Quartal 1913 betrug die durchschnittliche Beitragsentnahme pro Mitglied 12,22, im zweiten Quartal 11,51, im dritten Quartal 12,73 und im vierten Quartal 12,67 Wochenbeiträge. Die auf die Hauptkasse entfallenden Ausgaben waren im vergangenen Jahre verhältnismäßig hoch. Fast genau die Hälfte der Hauptkasseneinnahmen wurden für Unterstützungszwecke verausgabt.

Der Lokalassenbestand betrug am Schlusse des Berichtsjahres Mark 485,65 Mark.

An die beiden Berichte schloß sich eine längere lebhaftere Aussprache. Kollege Gierg fasste sodann das Ergebnis des Jahresberichts nochmals kurz zusammen und entwarf an der Hand desselben einen Plan für unsere zukünftige Arbeit. Vor allen Dingen ermahnte er die anwesenden Kollegen, sich in Zukunft ebenso zahlreich an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen zu beteiligen, wie an der heutigen Generalversammlung. Auch mußte in der Agitation, namentlich in der Hausagitation bedeutend mehr geleistet werden wie bisher. Dazu sei aber die Mithilfe aller Kollegen notwendig. Dem im vergangenen Jahre vorgenommenen Ausbau der Ortsgruppe müsse nun auch der äußere Aufschwung folgen. Daran mitzuarbeiten, sei Pflicht aller Kollegen.

Bei der Vorstandswahl wurden der erste Vorsitzende, sowie erste Kassierer und dessen Stellvertreter wiedergewählt. Für das Amt des zweiten Vorsitzenden, des Schriftführers, und dessen Stellvertreter, erfolgten Neuwahlen. Die Vertrauensmänner wurden mit Ausnahme eines Kollegen, der eine Wiederwahl ablehnte, sämtlich wiedergewählt.

Mit einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden fand dann die Generalversammlung ihr Ende.

Hamm. (Westf.) Die Klagen der Arbeiter über die Zustände auf der Westfälischen Draht-Industrie mehren sich. Es scheint, als sei seit der Verschmelzung des Werkes mit Krupp ein ganz anderer Geist in die gesamte Vorgesetztenschaft eingedrungen. Jedenfalls feiert heute der Bürokratismus Triumphe sondergleichen. Seit der Gründung des kirchhofsfriedlichen gelben Vereins, dem teilweise fast sämtliche Beamten angehören, ist die Behandlung fast unerkennbar geworden. Weil trotz aller Propaganda das gelbe Vereichen unter der Arbeiterschaft nicht so recht Fuß fassen will und man sich doch auch gerne nach oben hervortun möchte, belieben einzelne Meister direkt ungehörige Umgangsformen. Neuerst beklagenswert liegen die Dinge im Betriebe des Meisters Wessell. Grobes Anschauen im Verein mit hochmütigen Überfertigen beleben in diesem Betriebe das Bild. Meister Wessell tritt so auf, als wenn er den Obermeisterposten im neuen Drahtzug schon unumwiderlich in der Tasche hätte. Wenn nun die Arbeiter — auf Grund seines Alters — nicht alles tragisch nehmen, so rufen doch manche seiner Aussprüche direkt Mißstimmung und Erbitterung hervor. „Wenn ich mal hier zu sagen habe, geht mancher von euch noch um die Ecke“, so heißt es fast bei jeder Gelegenheit. Solche Umgangsformen sind bei den unteren Vorgesetzten aber nur möglich, wenn die oberen Vorgesetzten nicht anders sind, und wenn diese Worte gebrauchen, die jedem anständigen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treiben, wie es besonders bei Herrn Ingenieur Theis der Fall ist. Die Schimpfworte dieses Herrn sind einfach nicht wiederzugeben. Wohin soll das führen? Wenn man glaubt, die Arbeiter als Skoten betrachten und behandeln zu können, so wird man sich sehr irren. Vorläufig möge diese Feststellung genügen. Sollte eine Besserung nicht erfolgen, denn werden wir in Zukunft jeden einzelnen Fall unter Namensnennung der Öffentlichkeit unterbreiten. Dann wird man sich wohl besinnen. Für das Werk zeigen sich die Folgen schon jetzt. In manchen Betrieben der Westfälischen Drahtindustrie herrscht schon jetzt ein Wechsel, wie er innerhalb der hiesigen Industrie einzig dasteht. Wenn in drei Monaten ein Viertel der gesamten Belegschaft seine Arbeit wechselt, so ist das schon allerhand. Zu den wenigen Betrieben, in denen sich dieser geradezu abnorme Wechsel der Arbeiter nicht bemerkbar macht, gehören insbesondere die Drahtzüge. Wenn man jetzt allerdings in einer solchen Art die Leute behandelt, dann wird es mit der Stabilität auch in diesen Betrieben bald zu Ende sein. Im Interesse des Werkes liegt dies sicherlich nicht und wäre es dringend zu wünschen, daß man sich vom obersten bis zum untersten Beamten eines anderen Tones im Verkehr mit den Arbeitern befeige. Man vergibt sich dadurch nichts und macht sich dann auch nicht lächerlich. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Wollt ihr für die Zukunft eure Rechte und ihre Freiheit gesichert wissen, so nutzt die Stunde und schließt euch Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverbande an.

Berichtungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Verjährt ihre Grund keine Versammlung! Samstag, den 28. Februar.

Berlin. Abends 8,30 Uhr in Schulz Schiffhale, am Königsgraben 2.

Bielefeld. Sektion. Abends 8,15 Uhr im kath. Gesellenhaus, Hegestraße 2. Vortrag des Kollegen Hartwig: „Organisatorische und persönliche Grundzüge und ihre Bedeutung.“

Ein-Stadt. Abends 9 Uhr „Zur Ratsmühle“.

Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.

Duisburg-Neudorf. Abends 8,30 Uhr bei Schürs, Döhr.

Duisburg-Neudorf. Abends 8,30 Uhr bei Kassepe, Fingertstraße.

Essen. Elektrikmonteur und Hilfsmonteur. Abends 8,30 Uhr im Ledigenheim an Webersplatz, Zimmer 32.

Karlsruhe. Abends 8,30 Uhr im Palmengarten, Herrenstraße.

Oberhausen. Abends 8,30 Uhr bei Kemmerling.

Ratiborn. 9 Uhr bei Kürzen, Behmerstraße.

Wermelskirchen. Abends 8,30 Uhr bei Küpper, Ratskeller.

Samstag, den 1. März.

Ein-Stadt. Morgens 11 Uhr bei Dür.

Ein-Stadt. Morgens 11 Uhr bei Baisgwald, Vereinshaus St. Peter.

Dortmund Jugendleitung. Nachm. 3,30 Uhr im Antoniusvereinshaus, Holleriner Straße.

Dortmund Hombach. Nachm. 3 Uhr bei Ww. Schäpfer.

Dortmund-Schoerle. Nachm. 4 Uhr bei Kordak, Bahnhofsstr.

Danzig. Nachmittags 2 Uhr im St. Josephshaus.

Duisburg-Neudorf. Abends 8 Uhr im „Zirkus“, Essen-Straße.

Duisburg. Nachmittags 3 Uhr im Kaiserhof.

Düsseldorf-Ortenberg. 11 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung, Penningshaus, Lützenstraße 23-25.

Essen-Altefeld. Morgens 11 Uhr bei Wintershoff, Steppenberger Straße 74.

Essen-Kollingschen. Morgens 11 Uhr bei Schorer.

Essen-Verde-Schnebeck. Morgens 11 Uhr bei Kiefernagel.

Söppingen. Vormittags 10,30 Uhr in der „Germania“.

Hamborn-Neudorf. Nachmittags 2,30 Uhr im Ketschingshaus, Döhrweg. Ref.: Kartellsekretär Kollege Hege.

Heidenheim. Vormittags 10,30 Uhr in der „Harmonie“.

Hilberhausen. Morgens 10,30 Uhr bei Weber.

Karlsruhe-Neudorf. Nachmittags 3,30 Uhr, im Gasthaus „Zum Hirsh“.

Mörsch. Nachmittags 3,15 zum „Adler“ in Forchheim.

Nipp. Nachmittags 4,30 Generalversammlung bei Melcher, Rath-Hammer. Morgens 10,30 Uhr bei Klein.

Dienstag, den 3. März:

Hamborn. Abends 8,30 Uhr bei Langhoff, Beckersstraße.

Mittwoch, den 4. März:

Herford. Abends 6,30 Uhr im Evangel. Vereinshaus.

Lehrberg. Abends 8 Uhr bei Weimann am Stuttgarter Tor.

Donnerstag, den 5. März:

Danzig-Langjahr. Abends 8 Uhr in der Flora.

Samstag, den 7. März:

Berlin. Abends 8,30 Uhr im kath. Gesellenverein, Königsgrabenstraße 106.

Ein-Stadt. Schmelzsektion. Abends 9 Uhr „Zur Ratsmühle“.

Dortmund. Abends 8,30 Uhr bei Mall, Oftermühlstraße 1.

Essen. 8,30 Uhr im „Weimarschen Hof“.

Geestmünde. Abends 8,30 Uhr im Hotel Union, Bremerhaven.

Hamborn-Neudorf-Bergerhof. Abends 7 Uhr bei Schumacher, Hochstraße.

Stuttgart. Abends 8,30 Uhr im Hotel „Römischer König“, Hofstraße.

Samstag, den 8. März:

Bielefeld-Schildesche. Vorm. 11 Uhr bei Witwe Hoff.

Bielefeld-Schildesche. Nachm. 3 Uhr bei Wirt Kahlmann.

Drehl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg.

Danzig-Düna. Nachmittags 4 Uhr öffentliche Versammlung im Vereinshaus.

Düsseldorf. Bezirk Oberdorf. Vormittags 11 Uhr bei Querting, Münster-Ecke Barbarastr. 21.

Bezirk Ober. Vormittags 11 Uhr bei Haasewell, Humboldtstr. 120.

Bezirk Unter. Vorm. 11 Uhr im Lokale Keulenz, Kürtenstraße 144.

Bezirk Rath. Vormittags 11 Uhr im Lokale Hilder, Oberneudorfstr.

Duisburg-Neudorf. Nachmittags 5 Uhr bei Kleine Matland, Unter den Ulmen, außerordentliche Generalversammlung.

Duisburg-Neudorf. Vorm. 11 Uhr bei Hajekamp, Friedrich-Wilhelmstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Hamborn. Nachmittags 5 Uhr bei Stankenheim.

Hamborn-Neudorf. Nachm. 4 Uhr bei Eckardt.

Heidenheim. Vormittags 11 Uhr bei Reiß, Bahnhofsstraße.

Heidenheim. Nachmittags 5 Uhr bei Piebeler.

Nipp. Morgens 10,30 Uhr bei Gottfried Schmitz.

Ganz vorzüglich und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten **Krupps-Grüll** Nr. 25 % Pfei. 25/2 und Nr. 30 % Pfei. 30/2 überall käuflich! **Oldentott — Nees am Rhein.**

Von wohlstrukturierten Leuten wenig benützte **Herren-Garderoben** erhalten Sie sehr preiswert vom **Garderoben-Verlagshaus b. Spielmann** München, Dachauerstraße 4. Frühjahrs-Paletots und Ufiter von 10 bis 15 Mk. Sacco-Anzüge 1- und 2 reibig von 12 bis 18 Mk. Toppes, Posen, Wetterfragen etc. etc. Hier nicht angeführt im Katalog. Bestellen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Pracht-Katalog gratis und frei. Für nichtkonvenierende Waren erhalten Sie Geld retour.

Teilhaltung Uhren u. Goldwaren. Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern u. s. w. Kataloge gratis und franko liefern **Jonass & Co.** BERLIN A. 741 Belle-Alliancestr. 3

Prima Aufschinken per Pfd. 1,20 Mk. Durch a 6 Pf. Speck, p. Pfd. 85 Pf. Wittmurr, hart, Prechtwurr, Leberwurr p. Pfd. 70 Pf. Kaiserjaudwurr und Prechtwurr per Pfd. 90 Pf. Cervelatwurr u. Salami per Pfd. 1,20 Mk. empfiehlt per Nachnahme **Carl Döner, Wurstfabrik, Glogau.**

Die abgewürzte, preisgekrönte nicht einlaufende **Blitz-Wolle** (Strick) (Dackwolle, Strickwolle) stellt schon im M. 1,50 Pf. Pfd. (Nicht auch als Pulver (Wasserstrick) etc.) **Erfurter Garnfabrik** Hoflieferant in Erfurt. W. 258.